

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Cöplienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.,
für Werbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 30

Stuttgart, den 27. Juli 1901

17. Jahrgang

Die Buchbinder in der Streikstatistik.

In 329 Seiten Großquart-Format repräsentiert sich die soeben erschienene Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes über „Streik und Aussperrungen im Jahre 1900“. Wir müssen uns hier beschränken, das mitzuteilen, was die Berufsgenossen interessiert und verzichten auf eine Kritik des polizeilichen Ursprunges und der Verarbeitungsmethoden des Materials wie auf eine Würdigung des Gesamteinhaltes der Arbeit.

Unter den 1433 im Jahre 1900 beendeten Arbeitskämpfe betrafen bloß 15 die Buchbinder,

die in 85 Betrieben gestreikt und zwei zum gänzlichen Stillstand gebracht hatten. In diesen Betrieben waren bei Ausbruch der Streiks beschäftigt 4916 Arbeiter, darunter 1607, die noch nicht 21 Jahre alt waren, die Höchstzahl der während der Dauer der Arbeitseinstellung gleichzeitig streikenden Arbeiter war 3215, darunter 818 noch nicht volljährige. 13 Angriffstreiks standen zwei Abwehrstreiks gegenüber. Nach der Ansicht der polizeilichen Ermittler waren von je 1000 streikenden Buchbindern 783 kontraktbrüchig.

Wir lassen nun die einzelnen Streiks mit den wichtigsten sie betreffenden Angaben hier folgen:

fünf Buchbinderstreiks. Vier Konflikte wurden geschlichtet durch direkte Verhandlungen der streikenden Parteien, drei unter Vermittlung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen. Viermal wurden die Verhandlungen auf Antrag der Arbeiter, zweimal auf Wunsch der Unternehmer begonnen. Bei je zwei Buchbinderstreiks meinte Polizei und Staatsanwaltschaft einen Anlaß zum Einschreiten gefunden zu haben. Bei sieben Arbeitseinstellungen hatten „dritte Personen oder Berufsvereinigungen auf den Ausbruch des Streiks hingewirkt oder denselben unterstützt“, bei sechs Streiks fand eine finanzielle Unterstützung statt.

In der Kartonnagenfabrikation wurden je zweimal Lohnerhöhung und bessere Bezahlung der Ueberstunden, je einmal Abschaffung bzw. Beschränkung derselben, Verkürzung der Arbeitszeit an Samstagen, bessere Behandlung, Ausschließen von Arbeitsordnungen und eine nicht näher spezifizierte Forderung, in vier Fällen Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Bloß ein Streik hatte theilweisen, vier keinen Erfolg. Zwei Arbeitseinstellungen wurden durch direkte Verhandlung der Parteien beendet. Die Verhandlung geschah auf Antrag der Arbeiter zweimal, einmal auf Wunsch der Unternehmer. Bei einem Streik sah sich die Polizei zu Maßnahmen veranlaßt. Fünf Arbeitseinstellungen wurden durch Berufsvereinigungen unterstützt und vier davon auch durch Geldbeiträge.

Zwei Aussperrungen im Buchbindergewerbe sind in der amtlichen Statistik verzeichnet; die eine in Berlin dauerte 16 Tage und erstreckte sich auf 22 Betriebe, die ca. 900 Arbeiter, darunter 250 noch nicht volljährige beschäftigten. Ausgesperrt waren 870 Arbeiter, darunter 226 jugendliche. 25 Arbeitern gegenüber wurden die Unternehmer kontraktbrüchig. Die Aussperrung endete mit der Niederlage der Unternehmer. Die zweite Aussperrung fand in Stuttgart statt und dauerte 15 Tage und erstreckte sich auf 9 Betriebe, die zusammen von 473 Arbeitern, darunter 106 noch nicht volljährigen, 384 Arbeiter, darunter 93 noch nicht volljährige, aussperrten. Die Aussperrung hatte theilweisen Erfolg, sie wurde beigelegt auf Antrag der Arbeiter unter Vermittlung der Organisation.

Daß die Angaben der amtlichen Statistik über unsere Streiks. Der „Vorwärts“, der von der gesamten Statistik in einem Artikel Notiz nimmt, bemerkt unter Anderem:

„Über es wäre eine dankenswerthe Aufgabe der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Richtigkeit jeder einzelnen Angabe über jeden in der Publikation angeführten Streik auf Grund ihres Materials und der Aufzeichnungen unserer Gewerkschaftsverbände zu überprüfen und das Ergebnis so bald als möglich zu publizieren. Es wäre dies um so wichtiger, als uns einige Angaben über Streiks, die wir genau verfolgt haben, nicht ganz den Thatfachen zu entsprechen scheinen.“

Soweit es sich um unseren Beruf handelt, können wir schon heute erklären, daß die amtliche Statistik von Ungenauigkeiten wimmelt. Ohne uns in Einzelheiten zu verlieren, seien mir die augen-

Angabe des Streiks	Dauer in Tagen	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl der Beteiligten	Wichtigste Forderungen*	Art des Ergebnisses
Buchbinder in Berlin . .	weniger als 1	1	135	Entlassung von Vorgesetzten, Lohnerhöhung, 1. Mai	theilweisen Erfolg
Buchbinder in Berlin . .	16	18	ca. 245	Lohntarif-Aushängung	vollen Erfolg
Buchbinder in Luxuspapierfabrik Berlin	14	1	8	Aufrechterhaltung der Arbeitszeit	keinen Erfolg
Buchbinder in Posen . .	weniger als 1	2	4	Lohnerhöhung, Bezahlung und Beschränkung der Ueberstunden	keinen Erfolg
Buchbinder Frankfurt a. M.	28	4	11	Lohnerhöhung, Ueberstundenbezahlung und Beschränkung	keinen Erfolg
Goldschnittmacher in M. Gladbach	5	1	4	Lohnerhöhung	keinen Erfolg
Dampfbuchbinder Leipzig .	2	1	91	Aufrechterhaltung des Lohnes, Aenderung der Lohnungsweise, Wiederanstellung von Arbeitern, bessere Behandlung, Anerkennung des Arbeiterausschusses	theilweisen Erfolg
Buchbinderarbeiter Leipzig .	17	34	2515	Lohnerhöhung, bessere Bezahlung und Beschränkung von Ueberstunden, Arbeitszeitverkürzung, allgemein und speziell am Sonnabend, Anerkennung des Arbeiterausschusses	theilweisen Erfolg
Buchbinder Karlstraße . .	1	2	3	Lohnerhöhung, Bezahlung von Ueberstunden, Verkürzung der Arbeitszeit an Samstagen	vollen Erfolg
Dilten- und Papierfabrik in Bremen	24	1	18	Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung	keinen Erfolg
Stuarbeiter in Berlin . .	11	12	113	Lohnerhöhung, bessere Bezahlung der Ueberstunden, Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung von Lohntarifen	theilweisen Erfolg
Kartonnagenfabrik in Köln .	9	1	34	Verkürzung der Arbeitszeit	keinen Erfolg
Kartonnagenfabrik in Nürnberg	3	1	11	Verkürzung der Arbeitszeit und speziell am Sonnabend	keinen Erfolg
Kartonnagenfabrik und Buchbinder in Pforzheim . .	16	5	11	Lohnerhöhung, Verringerung und bessere Bezahlung von Ueberstunden, Verkürzung der Arbeitszeit	keinen Erfolg
Zurichter in Stoffwäschefabrik in Lübeck	2	1	12	?	keinen Erfolg

* Die Forderungen in fettem Drucke wurden ganz, die durchschossen gestrichen zum Theil durchgesetzt.

Bei sämtlichen Buchbinderstreiks des Jahres 1900 wurde einmal die Aufrechterhaltung und sechs- mal die Erhöhung der Löhne, viermal die Bezahlung oder höhere Bezahlung der Ueberstunden, zweimal anderes in Bezug auf den Lohn gefordert. In Hinsicht auf die Arbeitszeit wurde in einem Falle die Aufrechterhaltung, in fünf Fällen die Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit gefordert, je einmal wurde die Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und

die Nichterfüllung von Ueberstunden durchzusetzen gesucht, ferner wurde je einmal die Aenderung der Lohnungsweise, die Wiederanstellung entlassener Arbeiter, die Entlassung von Vorgesetzten, bessere Behandlung, Einführung von Lohntarifen und in zwei Fällen die Anerkennung des Arbeiterausschusses angestrebt. Außerdem wurden zwei nicht besonders aufgeführte Forderungen erhoben.

Vollen Erfolg hatten zwei, theilweisen drei, keinen

fälligen Unterschiede zwischen den amtlichen Angaben und den unserigen bemerkt. Die von unserer Seite gemachten Angaben dürften wohl doch einiges Recht auf Zuverlässigkeit beanspruchen, da sofort bei Ausbruch eines Streiks die von der Generalkommission herausgegebenen Fragebogen zur Ausfüllung an den betreffenden Ort gesandt werden.

Wenn bei den angegebenen Resultaten in der amtlichen Statistik verschiedene Streiks als erfolglos bezeichnet werden, die theilwählich theilweise erfolgreich beendet wurden, oder wenn andere hingegen als theilweise erfolgreich bezeichnet werden, die mit Erfolg endeten, so will das vielleicht nicht viel besagen, man könnte uns hier als Partei betrachten. Da nur die Unternehmer von Amtswegen befragt werden, so differieren die Ansichten hierüber. Das thut aber auch schließlich wenig zur Sache. Anders dagegen, wenn die sonstigen Angaben so überaus verschiedenartig sind; nur ein einziger Ausnahmefall, der der Eisarbeiter in Berlin, kommt in den amtlichen Angaben den unserigen nahe.

Schon von den drei Städten Leipzig, Berlin und Stuttgart ist die Auffassung über die Rubrizierung verschiedenartig. Wir haben alle drei Bewegungen als Ausperrungen bezeichnet, denn bevor unsererseits der Streik erklärt wurde, vollzogen die Fabrikanten die angebrochte Ausperrung. In der amtlichen Statistik ist nun die Bewegung in Stuttgart als Ausperrung, die in Berlin zum Theil als Streik, zum Theil als Ausperrung, und die in Leipzig nur als Streik bezeichnet worden.

Von einem Streik der Goldschmittmacher in M.-Glabach, einem der Zigarrenarbeiter in Berlin und einem der Buchbinder in Karlsruhe ist uns überhaupt nichts bekannt; möglich, daß der schlechten Verbindung wegen, die wir zu ersterem Orte haben, wir keine Kenntniß davon besitzen, bei den beiden letzteren dürfte jedoch diese Möglichkeit ausgeschlossen sein. Dagegen sind andere Bewegungen gar nicht aufgeführt. So die Streiks in Elberfeld-Barmen, Götting und Wald bei Solingen. In der Tabelle „Leberindustrie“ ist außer dem Portefeuilletterstreik in Nürnberg ein solcher von einer Berliner Lederwarenfabrik und ein solcher von einer Stuttgarter Lederwarenfabrik aufgeführt.

Der letzte in unserer Tabelle aufgeführte Ausnahmefall der Wäschezschneider in Lübeck dürfte uns wohl überhaupt nicht zugezählt werden. Angenommen, diese Wäschezschneider sind zum Theil gelernte Buchbinder, so haben sie doch ihren Beruf vollständig gewechselt und gehören somit dem Buchbindergewerbe nicht mehr an. Abgesehen davon, muß doch die Art des Betriebs für die Rubrizierung bestimmt sein und mußte somit dieser Streik unter Wäsche- oder Bekleidungsindustrie aufgeführt werden.

Die Angaben über die am Streik Beteiligten, sowie über die Dauer der Streiks stimmen in keinem Falle, desgleichen wissen wir nichts von 13 Angriffen und 2 Abwehrstreiks, ferner erscheint uns die Angabe, daß unter 1000 ausländischen Buchbindern sich 783 Kontraktbrüchige befanden, erst der Kontrolle für bedürftig.

Nach diesen ganz oberflächlichen Betrachtungen ist sofort ersichtlich, wie überaus unzuverlässig diese amtliche Statistik ist, irgend welche Schlussfolgerungen aus ihr zu ziehen, wäre deshalb absolut verkehrt.

Die Reform der Gewerbegerichte.

Die gegnerische Presse, und ihr voran die Presse des Zentrums, kann sich nicht genug thun in Tamtam und Trara über die Annahme der vom Reichstag in einem Initiativantrag begehrten Reform der Gewerbegerichte durch den Bundesrath. Das Gesetz vom 30. Juni 1901: „Gesetz zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890“ soll nun Beweis dafür sein, daß in Deutschland auch unter dem Zeichen Posaadowkys die Sozialreform nicht stille steht und wie viel seitens der Parteien für die Arbeiter getan werde. Das neue Gesetz erfüllt von den dringendsten Forderungen der Arbeiter in Bezug auf die Gewerbegerichte

etwa den hundertsten Theil und auch diesen nur nach jahrelangem Fordern. Will man die deutsche kapitalistische Sozialpolitik in ihrer ganzen Glorie sehen, dann darf man nicht bloß das neue Gesetz an sich betrachten, sondern muß auch seine Entstehung berücksichtigen.

Die schreienden Mängel, die dem alten Gesetz von 1890 anhaften, weil es eben den herrschenden Klassen auch in der „Mittelzeit“ der Sozialpolitik mit dieser nicht ernst war, haben durch die Jahre hindurch die Arbeitervertreter wieder und wieder zur Stellung von Verbesserungsanträgen veranlaßt. Die Unternehmer aber, zu deren Herrnmoral es ohnedies schlecht passen will, daß sie gewerbliche Streitigkeiten mit „ihren“ Arbeitern vor einem Gericht ausfechten müssen, bei dessen Spruchfälligkeit die Arbeiter mitwirken, ließen ihre Presse heulen. Entsprechend dem lehnte die Regierung alle Abänderungsanträge ab und die Parteien klatschten Bravo. Im Laufe von zehn Jahren aber wurden die Mißstände immer fühlbarer und schließlich sahen sich auch die Sozialpolitiker des Zentrums, die Hitze Trimborn und Genossen, durch die Klagen ihrer Arbeiterkreise genöthigt, Verbesserungsvorschläge einzubringen. So lagen denn dem Reichstag immer zwei Initiativanträge vor: von den Sozialdemokraten und den Zentrumseuten; immer gingen diese an die Kommission, die sie sorgfältig durchberiet, bis sie am Schlusse der Session auf Nimmerwiedersehen verschwanden.

In dieser Session vollzog sich plötzlich eine Aenderung. Das Zentrum zeigte mit einem Male einen großen Fleiß, diesmal die Initiativanträge des Reichstags in einen Gesetzentwurf zu bringen. In der Kommission zeigte sich auch bald eine Uebereinstimmung zwischen Regierung und Zentrum, die darin bestand, rasch ein paar Scheinkonzessionen zu Stande zu bringen und damit die ganze Angelegenheit wieder für ein paar Jahre zu begraben. Dabei versuhr das Zentrum noch so unbuldsam gegenüber den Arbeitervertretern, wie keine Partei vormem. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden glatt niedergestimmt. Waren aber solche darunter, die auch das Zentrum akzeptieren konnte, dann feierten sie alsbald als „Antrag Trimborn und Genossen“ ihre Auferstehung und erhielten dann die Mehrheit. Durch solche Taktik erweckte das Zentrum nach außen den Anschein, als sei die ganze Verbesserung des Gesetzes sein Werk.

Indem man alle energischen Schritte zur Besserung des bestehenden Zustandes ablehnte, schuf man ein ziemlich hilfloses Kompromiß. Nur einige Fortschritte sind in dasselbe aufgenommen worden. So die Bestimmung, daß die Gewerbegerichte bei Ausständen u. s. w. als Einigungsämter wirken, vor welchen die streitenden Parteien erscheinen müssen, wenn eine das Amt anrufen hat. Den kleinen Arbeitgebern, die nur vorübergehend Personal beschäftigen, ist ihr Wahlrecht gesichert worden. In allen Gemeinden über 20000 Einwohnern ist zukünftig das Gewerbegericht obligatorisch. Auch ist die sachliche Zuständigkeit der Gerichte besser geregelt und das Wahlrecht respektive seine Ausübung im Allgemeinen wesentlich erleichtert. Gegenüber diesen paar Vortheilen aber überwiegen die Unterlassungssünden. Das Zentrum hat gemeinsam mit den Kapitalisten und als parlamentarische Führerin derselben das allgemeine Obligatorium der Gewerbegerichte abgelehnt, die Ausdehnung des Wahlrechts auf das 21. Lebensjahr und auf die Arbeiterinnen abgelehnt, die Aufhebung der Innungsgerichtsgerichte abgelehnt, die Besetzung der Einigungsämter mit Vertrauensleuten der streitenden Parteien abgelehnt und noch verschiedenes Andere mehr.

Trotzdem hat die Unternehmerypresse, namentlich die des Zentralverbandes der Ausbeuter, blindwütend gegen das vom Reichstag angenommene Gesetz gehault; der Bundesrath nahm es wider Erwarten am 24. des vorigen Monats an.

Man hat dafür nach einer Erklärung gesucht. Die Einen waren der Ansicht, daß gerade das Geheule der Unternehmerypresse den Bundesrath, entgegen dem Willen des Grafen Posaadowky, dafür bestimmt habe, dem Gesetz zuzustimmen. Die Mängel des bisherigen Gesetzes seien auch den Regierungen der Einzelstaaten bekannt und sie hätten durch ihre Zustimmung zeigen wollen, daß sie auf den Ausbeuterverband keine Rücksicht nehmen. Andererseits verlaute wieder, es handle sich um ein Uebereinkommen zwischen Regierung und Zentrum. Die Regierung habe dem Zentrum den Triumph der Annahme des Gesetzes bereitet, womit es sich bei den katholischen Arbeitern brüsten könne und das Zentrum habe sich dafür verpflichtet, für die Erhöhung der Getreidezölle zu stimmen. Es wäre nicht das erste Mal, daß solche Handelsgeschäfte abgeschlossen würden und es

wäre eine traurige Irreführung der Arbeiter. Denn den Preis des vertheuerten Brotes ist dieses Bißchen neueste Sozialreform nicht werth.

Vor Monaten wollte das Zentrum durch seine Sozialpolitiker den Arbeitern für Erhöhung der Getreidezölle ein anderes „Geschenk“ anbieten: Witwen- und Waisenversorgung. Sie sollte aus den Uebereschüssen des Getreidezolls bezahlet werden. Nun hat sich die wirtschaftliche Lage durch die von uns bereits früher geschilderten Ereignisse etwas verschlechtert, daß von Uebereschüssen im Reichsetat überhaupt keine Rede mehr ist. Vielleicht bietet man uns deshalb diese „Reform“ des Gewerbegerichtsgesetzes, die keine Reform ist, weil sie die schlimmsten Mißstände bestehen läßt, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, das „Gesinde“, d. h. die hauswirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Handlungsgehilfen vom Gewerbegericht ausschließt, und der gewerblichen Arbeiterin, die das Gericht in Streitfällen anrufen muß, nicht das Recht giebt, ihre Vertrauenspersonen in das Gericht zu entsenden. Damit will man wohl die Arbeiter abspießen und dann den Junkern ihren Getreidezoll, den Großindustriellen ihre hohen Einfuhrzölle für ausländische Konkurrenzartikel bewilligen. Von solchen Gesichtspunkten wird in Deutschland „Sozialpolitik“ getrieben.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben so nach alle Ursache, ein wachsameres Auge zu haben in jenen Gegenden, wo sie den gewerkschaftlichen Kampf zu führen haben gegen das Zentrum oder, richtiger gesagt, gegen die Leiter der sogenannten christlichen Arbeiterorganisationen des Zentrums. Wenn diese etwa den politischen Führern ihrer Sache ein besonderes Verdienst an dem Zustandekommen der Gewerbegerichtsreform machen wollen, gilt es, die Entwicklung der Dinge darzustellen, wie sie wirklich war und davor zu warnen, daß nicht dieses Bißchen Verbesserung bezahlet werde mit einer Vertheuerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse im Junkerinteresse.

Und die Agitation für den Ausbau der Gewerbegerichte, namentlich die Erweiterung des Wahlrechts auf das 21. Lebensjahr und auf die Arbeiterinnen, ist mit allen Kräften weiter zu führen. Vielleicht dauert es nicht wieder zehn Jahre und wir haben auch diese und eine wirkliche Reform, die der Institution der Gewerbegerichte endlich einmal die Ausdehnung und die Bedeutung giebt, die ihr von allem Anfang an gebührt hätte. X. Y. Z.

Herr Max Enders.

Ein Charakterbild aus der Leipziger Prinzipalität.

Seit dem Jahre 1896 hat kein Leipziger Prinzipal der Kollegenschaft so oft Veranlassung gegeben, sich mit ihm beschäftigten zu müssen, wie Herr Max Enders. Bevor wir aber in eine Charakterzeichnung dieses Herrn eintreten, seien einige allgemeine Bemerkungen vorausgeschickt. Wir gehören nicht zu jenen, die den Arbeitgebern den Zusammenstoß, ja sogar den schärfsten Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter grundsätzlich verübeln, obgleich auch wir selbstverständlich ein sachliches Prüfen, ein vernünftiges Entgegenkommen für beide Theile erspriesslicher halten. Aber wenn einmal die Gegenätze auf friedlichem Wege nicht mehr ausgeglichen werden können, wenn alle Kräfte zur Niederzwingung des Gegners angegriffen sind, dann werden wir selbst dem energischsten unter unseren Gegnern, sofern er mit scharfgeschliffenen, aber ehrlichen Waffen seine Position verteidigt, unsere Achtung nicht versagen; auch für ihn gilt dann das Wort: ein Gegner, aber ein Ehrenmann!

Anderes liegt aber die Sache, wenn beide Theile ihre Kräfte gemessen und als Ergebnis dieser Kraftmessung ein ehrlicher Friede geschlossen worden ist; wenn dieser Friede offiziell überall als zurechtbestehend anerkannt und auf ihm fußend besondere Institutionen (Arbitrationsgerichte u. s. w.) geschaffen worden sind — hernach aber mit allen Mitteln der verwerflichsten Art gegen diese Abmachungen, Institutionen und ihre Träger Sturm gelaufen wird.

In einem solchen Falle vermessen wir jede Größe bei dem Gegner und in ehrlichem Deutsch überseht nennt man ein solches Gebahren: Brellerei und Heuchelei.

Nun zurück auf Herrn Enders. Im Jahre 1897 wurde der größte Theil des Personals der Firma Enders ausständig, weil Herr E. den vorher anerkannten Tarif nicht bezahlte, sondern für sich einen Sondertarif schaffen wollte. Zu jener Zeit sprach Herr E. das große Wort zwar nicht gelassen, sondern mit Emphase aus: „Meine Herren! Ich bin

aus einem besonderen Holze geschnitten, wenn ich einmal mein Wort gegeben habe, halte ich es auch."

Wir glauben ja nun auch an das „besondere“ Holz des Herrn E., ja wir meinen sogar, daß Herr E. des Glaubens ist, sein Wort stets zu halten, jedoch glauben wir das Letztere nur in der Voraussetzung, daß in dem aus besonderem Holze geschnittenen Kopfe des Herrn E. das Vorhalten eine ganz andere Bedeutung hat, wie in anderen Köpfen. Zum Beweise dessen einige Beispiele: Schon 1897 wurde Herr E. durch Schiedspruch gezwungen, sein Wort bezüglich Anerkennung des Tarifs zu halten — obgleich Herr E. Unter-Tarifbezahlung mit seiner Anerkennung für vereinbar hielt.

Seit jener Zeit hat es mehr oder minder stets einen „Fall Enders“ gegeben, die Kollegenschaft stand dort meistens mit einem Fuße im Streit, in Folge der ganz besonderen Fähigkeit des Herrn E., neue Auslegungen des Tarifs auszuspielen, oder die Wortführer der Kollegenschaft mit dem Damoklesschwert der Maßregelung zu züchtigen. Wir schenken aber großmütig Herrn E. diese kleinen Nabelstiche und heben nur die bemerkenswerthesten Fälle heraus. Im Vorjahre trieb Herr E. sein Personal durch ein ganz besonderes Stück-Stundenlohnsystem in den Streit. Es war dies gerade in den Tagen zu Cantate, wo die ganze deutsche Buchhändlerwelt in Leipzig vereinigt war. Dies Stück-Stundenlohnsystem kann hier nicht eingehender geschildert werden, es war schärfmachende Füllgranarbeit, die unbedingt unter Aufsicht gestellt zu werden verdiente. Mit Ehren ging Herr E. ja aus diesem Kampfe auch nicht hervor, wie man überhaupt vergeblich nach besonderen Erfolgen des Herrn Umschau halten wird, wenn man nicht seine letzten Ruhmesthaten als solche ansehen will. Ja, es ist ihm gelungen, den Bestgehalteten unserer Kollegen in seiner Werkstube zu maßregeln, unter den wichtigsten Vorwänden. Damit ist seiner Sache jedoch nicht Genüge getan, denn Herr E. erklärte bei einer Verhandlung mit der Werkstubenkommission diesem gemäßigten Kollegen: „Ich werde schon dafür sorgen, daß Sie in Leipzig bekannt werden.“ Wie schnell Herr E. in dieser Beziehung sein Wort wörtlich und sinnlich hält, geht aus folgendem Telephongespräch — dessen Wahrheit wir verbürgen — hervor: „Herr Enders, können Sie uns nicht Auskunft geben über die Leistungen des Buchbindergehilfen K?“ Herr Enders darauf: „Der Buchbinder K ist bei mir rausgeflogen; er hebt seine Kollegen auf und verleitet sie zum Streit. Ich kann Ihnen den Mann auf keinen Fall empfehlen; seine Leistungen waren zwar zufriedenstellend, aber wie gesagt: Ich kann Ihnen den Mann auf keinen Fall empfehlen!“

Der gemäßigtere Kollege hat freilich weiter nichts verborgen, als jederzeit für die tariflichen Abmachungen eingetreten zu sein, auch seinem Chef gegenüber. Der aus besonderem Holze geschnittene Herr Enders hätte um so weniger Veranlassung, dies als Verbrechen anzusehen, da er selbst ja als Mitglied des Tarifschiedsgerichts eine der Säulen sein sollte, das Tarifgebäude zu tragen, welches Jener verteidigte. Nach allem diesem könnte sich vielleicht bei den auswärtigen Kollegen die Meinung einmischen, Herr Enders wäre dem „Brühl“ (Straße in Leipzig, wo hauptsächlich polnische und andere Juden ihre Handelsgeschäfte betreiben) entsprochen. O nein! Herr Enders ist aus gut christlicher Familie, er wurde auch bereits Prinzipal, wo andere, gewöhnliche Sterbliche kaum den Bänken der Fortbildungsschule Valet gefogt haben; er ist nicht nur ein Mann von „Gewicht“, aus dem zwei Durchschnittsbuchbindergehilfen bequem gemacht werden könnten, sondern auch in allen ritterlichen Künsten wohlverfahren. Wir müssen es daher auch als böswilliges Gerücht bezeichnen, wenn man Herrn Enders in inniger Umarmung am Halse seines Rosses gesehen haben will.

Leider ist dieser ritterliche Herr nicht aus jenem Holze geschnitten, aus dem man die Ritter St. Georg formt, denn sonst würde er seine Lanze gegen ganz andere Feinde wie bisher schwingen. Allein wenn es Herr Enders beliebt, auf dem bisherigen Kampffeld seine Sträuße auszuschütten, so sind wir — der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — gezwungen, die Waffen mit ihm zu kreuzen. Zwar Ehre ist in einem Kampfe mit dem herkulisch gebauten, aber ach! — doch so kleinen Herrn Enders nicht zu holen, allein was hilft's, schon weitet sich wieder unsere Sammelmappe betreffend den ewigen „Fall Enders“ und darum auf halbigen Wiedersehen, Herr Enders!

Internationales.

Der Schwedische Buchbinderverband wird am 25., 26. und 27. Juli seinen dritten Verbandstag in Stockholm abhalten. Der letzte Verbandstag war 1898. Der diesjährige Verbandstag wird eine große Arbeit zu bewältigen haben; es liegen bereits 39 verschiedene Anträge vor, darunter ein Entwurf zur Einführung von Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, ein Vorschlag zu einem neuen Uebereinkommen zwischen den Buchbinderverbänden Schwedens, Norwegens und Dänemarks, wonach die Mitglieder dieser Verbände, wenn sie gezwungen sind, von einem in den andern überzutreten, hier mit den gleichen Rechten eintreten, die sie in ersterem erworben haben; wonach ferner im Nothfalle eine Extrasteuer bis zu 25 Dore für männliche und 12 1/2 Dore für weibliche Mitglieder und Lehrlinge pro Woche erhoben werden kann u. s. w.; außerdem liegt der Entwurf zu einem neuen Lohnprogramm vor, wonach ein Minimallohn von 20 Kronen für männliche, 13 Kronen für weibliche Arbeiter, für männliche Lehrlinge von 8 bis 15 Kronen steigend in den vier Jahren der Lehrzeit und für weibliche Lehrlinge von 7 bis 11 Kronen in den drei Lehrjahren verlangt werden soll; dazu eine Skala über die Zahl der in den verschiedenen Werkstuben zulässigen Lehrlinge beiderlei Geschlechts im Verhältnis zu der Zahl der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, und dann soll auch Vorsorge dafür getroffen werden, daß die Lehrlinge auch wirklich im Fach ausgebildet und nicht zu anderen Arbeiten mißbraucht werden.

Mit dem Entwurf eines in mehreren Punkten abgeänderten Verbandsstatuts und dem Entwurf eines gemeinsamen Statuts für die Mitgliedschaften des Verbandes, durch das eine Einheitlichkeit in den Satzungen der einzelnen Zahlstellen herbeigeführt werden soll, bilden die Anträge eine Broschüre von 44 Oktavseiten und zeugen dafür, daß unsere schwedischen Kollegen ein reges Interesse an ihrer Organisation haben. Wir werden auf diese Anträge zurückkommen, sobald uns Nachrichten über die Beschlüsse des Verbandstags vorliegen.

Eine Abbitte.

Welche moralische Macht unser schwedischer Bruderverband besitzt, davon zeigt folgende, auf der ersten Seite der neuesten Nummer der „Volbinderi-Arbetaren“ befindliche

Abbitte.

An den Vorstand der Stockholms-Abtheilung des Schwedischen Buchbinderverbandes!

Da ich seit dem 5. Mai 1897 bei L. Christerson als Buchbinderlehrling* angestellt war und nicht an dem letzten Streit hier selbst theilnahm, bitte ich hiermit um Verzeihung für dieses mein Vergehen. Da ich viele mildernde Umstände zu meiner Entschuldigung anführen kann, hoffe ich, daß ich als Mitglied des Schwedischen Buchbinderverbandes aufgenommen werde.

Hochachtungsvoll
Walter Rosenberger.

Hierauf folgt ein Brief des Schriftführers der Stockholmer Zahlstelle, worin das Gesuch des N. empfohlen wird, und darauf die erfolgte Genehmigung des Verbandsvorstands und die Bekanntmachung, daß N. aus der Streitbrecherliste gestrichen ist.

Große Arbeitslosigkeit in Kopenhagen.

Das Organ des Dänischen Buchbinderverbandes veröffentlicht in seiner neuesten Nummer einen Aufruf des Vorstandes der Kopenhagener Mitgliedschaft unter dem Titel: „Helfet den Arbeitslosen!“ „Es ist das erste Mal“, beginnt der Artikel, „daß dieser Ruf in den Spalten unseres Fachblatts ertönt und wir geben uns deshalb der begründeten Hoffnung hin, daß er überall und von Allen gehört wird. Es ist wohl Allen zum Bewußtsein gelangt, daß dieses ein furchtbar schlechtes Jahr ist, daß es ungewöhnlich flau mit der Arbeit bestellt ist und daß die Zahl der Kollegen in den Werkstuben immer mehr abnimmt, so daß nur noch ein kleiner Stamm zurückbleibt. Die arbeitenden Kollegen, die in den Werkstuben zurückblieben, denken mit Be-

* In Schweden werden statutengemäß auch Lehrlinge in die Organisation aufgenommen; nach dem Entwurf für die gemeinsamen Mitgliedschaftsstatuten kann Jeder Mitglied werden, der mindestens ein Jahr im Fach thätig ist und das 16. Lebensjahr erreicht hat, und auch die Frauen der Mitglieder sind berechtigt zur Aufnahme.

Klemmung; wann mag wohl die Reihe an mich kommen? aber sie vergessen verhältnismäßig schnell diejenigen, die schon aufhören mußten. — — — Aber es steht in der Hand der arbeitenden Mitglieder, hier helfend einzugreifen; wenn alle nur ein kleines Scherlein, 25 oder 50 Dore (28 oder 56 Pf.) die Woche geben wollten, kann vieler Noth abgeholfen werden. Wir wissen wohl, daß eine noch so kleine Summe für viele Kollegen schwer zu entbehren ist, aber denkt doch einmal, wie viel besser Ihr es habt als Diejenigen, die ohne Arbeit sind und denkt doch, daß auch mal die Reihe an Euch kommen kann, da Ihr froh sein werdet über eine kleine Hilfe. Der Vorstand hat der Generalversammlung die Bewilligung von 200 Kronen aus Kassennitteln als Extrabeihilfe für die Arbeitslosen vorgeschlagen, aber da muß noch viel mehr hinzukommen, wenn richtig geholfen werden soll. Wir haben ein schönes Beispiel an den Buchdruckern; die haben gegen 4000 Kronen für ihre Arbeitslosen durch freiwillige Beiträge aufgebracht. Nehmet auf allen Werkstuben Einsammlungen vor; der Bote wird die Summen mit Freuden in Empfang nehmen, auch können sie in unserem Bureau abgeliefert werden. Selbstverständlich sollen sowohl männliche wie weibliche Mitglieder, die ihre (statutengemäße) Unterstützung aufgebraucht haben, an dieser Extrabeihilfe Theil haben.“

Es sind zur Zeit (Ende Juni) 35 männliche und 30 weibliche Arbeitslose auf dem Bureau gemeldet. Diese Zahlen mögen gegenüber der gegenwärtig in Berlin arbeitslos gemeldeten über 200 Kollegen und Kolleginnen gering erscheinen; es ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß Kopenhagen kaum ein Viertel so groß ist als Berlin und jedenfalls die Zahl der Buchbindereiarbeiter noch verhältnismäßig geringer sein wird.

Solche Sammlungen von freiwilligen Beiträgen für Nothleidende sind unter den organisirten Arbeitern Dänemarks nichts Seltenes. So hat z. B. „Sozialdemokraten“, das Organ der sozialdemokratischen Partei in Kopenhagen, eine Sammlung von Selbstträgen, Kleidungsstücken u. s. w. für die armen Kinder, die in die Ferienkolonien reisen wollen, veranstaltet. Solche Sammlungen finden alljährlich statt, besonders auch zu Weihnachten. Unter dem Namen „Børnernes Kontor“ (Kontor der Kinder) besteht in Kopenhagen eine Sammelstelle, von wo aus auch die Vertheilung der Gaben stattfindet.

Diese Wohlthaten, die dem Arbeitslosen von seinen nun gerade besser gestellten Arbeitsbrüdern durch die Hand seiner Kollegen oder Parteigenossen zu Theil werden, haben den großen Vorzug, daß ihnen nicht das Demüthigende, Niederdrückende anhaftet, das mit den Brosamen, die von des Reichen Tische fallen, mit der Wohlthäterei der Besitzenden untrennbar verbunden ist, und sollte einer der Gabenvertheiler nicht das nötige Tactgefühl besitzen, so kann ja der Empfänger als Mitglied einer der Organisationen gegen ihn vorgehen.

Auch bei uns in Deutschland haben wir manden besser gestellten Arbeiter und Genossen, der ein Kleidungsstück im Schranke hängen hat, das er nicht mehr tragen mag oder kann, das aber manchem Arbeitslosen sehr gut zu Statien kommen könnte, und mancher Bessergestellte unter unseren Kollegen könnte wohl ein Fünfgroschenstück ersparen, zumal wenn er bedenkt, daß dadurch vielleicht Kollegen abgeholfen werden, sich in der Verzeihung über ihre elende Lage unterm Minimallohn angubieten.

Vielleicht wäre es auch in Deutschland von Vortheil, zumal bei der gegenwärtigen Geschäftslöcherung, wenn die organisirten Arbeiter diesem Gebanken näherzutreten würden. Das könnte meiner Ueberzeugung nach nur zum Vortheil der Arbeiterbewegung gereichen.

W. L. C. r.

Bericht vom Goutag des XVI. Gauers.

Abgehalten am 7. Juli 1901 in Erlangen.

(Schluß statt Fortsetzung.)

Mit der Diskussion über die bisher gegebenen Berichte eröffnet der Vorsitzende die Weitererörterung des Goutags. An derselben betheiligen sich einige Kollegen, theils um die Berichte zu ergänzen, theils um gewerbliche Fragen zu stellen, die hauptsächlich vom Kollegen Dietrich beantwortet werden. Hierauf ergriff Kollege Dietrich zu seinem Referat „Der Tarif und seine Bedeutung für den Gau XVI“ das Wort. In einstündiger klar verständiger Rede führte Redner aus, daß der Tarif zur Zeit allerdings nur für die Städte Leipzig, Berlin und Stuttgart vereinbart ist, daß er aber nach und nach überall zur Einführung gebracht werden soll. Günstige Vereinbarungen in großen Städten haben auch

Einwirkung auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse der kleineren Orte, indem sich die Geschäfte aus letzteren Orten in die besser zahlenden Städte ziehen werden und die Meister schon dadurch genötigt sind, bessere Löhne zu zahlen, um auch ferner Arbeitskräfte bekommen zu können.

Er bespricht fobann die Vortheile, welche durch den Tarif festgelegt sind und fordert auf, mit allen Kräften für denselben einzutreten, um auch in den anderen Städten möglichst einseitliche Minimallösne und geregelte Arbeitszeit zu erzielen. Hauptsächlich aber soll uns der Tarif eine Garantie dafür sein, auch in schlechter Geschäftszeit eine Verkürzung der Löhne zu verhindern. In der Diskussion wurden von Seiten der Kollegen und einer Kollegin etliche Fragen aufgeworfen, welche durch Beantwortung des Kollegen Dietrich ihre Erledigung fanden.

Zum vierten Punkte, Anträge der Zahlstellen, beantragt die Zahlstelle Erlangen:

1. Die Grünbund einer Gantasse, es sollen pro Quartal und männliches Mitglied 5 Pf. an selbige abgeführt werden.

2. In Anbetracht der noch zum Theil sehr rückständigen Lage unseres Berufs in Süddeutschland sind vom Gauvorstand Referenten, resp. Referentinnen zur Agitation zu entsenden.

3. Der Gauvorstand ist aus Gantassmitteln zu entschädigen.

Die Begründung der Anträge erfolgt durch Fehse und Dörlfel. Fehse ist mittlerweile zu dem Entschluß gekommen, daß 5 Pf. zu wenig sind und formell demzufolge seinen Antrag auf 10 Pf. pro Quartal, was ungefähr im ganzen Jahre von allen fünf Gauzahlstellen zusammen gerechnet die Summe von 120 Mk. ausmachen würde. Mit dieser Summe soll nun die ganze Agitation innerhalb des Gaus besprochen werden, um die Zentralkasse nicht so zu belasten; ferner sollte dieselbe noch als Zuschuß zu den Unterstützungen dienen, zum Beispiel für verheiratete Verbandsmitglieder bei Ungenug, fobann soll von derselben auch der Gauvorstand entschädigt werden. Gegen diese drei Anträge sprechen Laier, Dürr und Knecht mit der Begründung, daß diese 120 Mk. kaum für die Agitation, so wie Fehse sich dieselbe vorstellt, ausreichen würden. Aus diesen Gründen werden alle Anträge der Zahlstelle Erlangen abgelehnt.

Die Zahlstelle Fürth beantragt einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis für Nürnberg, Fürth und Erlangen zu errichten mit dem Sitze in Nürnberg. Als Referent spricht Jaßn (Fürth). Auch dieser Antrag wird abgelehnt, weil eine derartige Einrichtung schon bestanden habe, in jeder der genannten Städte aber immer so viele Arbeitslose sich befinden, daß deren Unterbringung oft sehr schwer fällt. Die Zahlstelle Regensburg beantragt, für Bayern einen an den Leipziger Tarif anlehrenden einheitlichen Tarifsatz in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit festzustellen. Durch einen Antrag des Kollegen Schmitt werden die leitenden Personen der Zahlstellen beauftragt, diese Fragen in ihren nächsten Mitgliederversammlungen zu erörtern, um in einer demnächst stattfindenden kombinierten Versammlung definitive Beschluß fassen zu können. Der Antrag Regensburg wurde damit erledigt. Würzburg beantragt, die Kosten des Gantags prozentual auf die einzelnen Zahlstellen zu vertheilen. Nach kurzer Debatte wurde derselbe abgelehnt. Ein anderer Antrag Würzburgs, der Gantag möge beschließen, die Gantage abwechselnd in den einzelnen Zahlstellen abzuhalten und als nächste Stadt Würzburg zu bestimmen, wurde einstimmig angenommen.

Ueber den letzten Punkt, Agitation im Gau, sprechen Fehse, Dürr und Knecht. Fehse ist der Ansicht, der Zentralvorstand möge einmal den ganzen Gau von einer brandenkundigen Referentin bereisen lassen, um die Kolleginnen mehr für den Verband zu interessieren. Kollege Dietrich antwortet, daß es sehr schwer sei, eine brandenkundige Referentin zu bekommen, sobald aber die Möglichkeit vorhanden ist, sollen die Mittel nicht gescheut werden, behufs Agitation ganz Deutschland durch dieselbe bereisen zu lassen. Dürr beantragt, der Gantag beschließt, abwechselnd aus den Mitgliedern der Zahlstellen Referenten zu befragen, um auf diese Weise das Interesse an den Versammlungen zu heben und das rednerische Talent der Kollegen zu fördern. Dieser Antrag wurde von allen Seiten gutgeheißen und wird es unsere nächste Aufgabe sein, denselben nachzukommen.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schließt Kollege Schmitt um 5^{1/4} Uhr die Sitzung.

N.B. Bemerken will ich noch, daß ich in dem Be-

richt der Zahlstelle Nürnberg vergessen habe, daß Kollege Müller über den Konflikt der Zahlstelle Nürnberg mit der „Fr. Tagespost“ ausführlich berichtete. In unserer am 20. Juli stattgefundenen Generalversammlung wurde jedoch dieses Verhalten Müllers beanstandet. t.

Bericht der Berliner Rechtschutzkommission für das Jahr 1900/1901.

Da die Berliner Rechtschutzkommission unmittelbar vor der Neuwahl steht, so soll auch diesmal, wie üblich, der Bericht in der Zeitung veröffentlicht werden.

Ist doch das, was sich innerhalb Berlins auf diesem Gebiete abgespielt hat, in hohem Maße geeignet, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zu lenken. Wie ja schon bekannt, handelt es sich in den meisten Fällen, womit sich die Kommission zu befassen hatte, um Nachwehen der letzten Lohnbewegung. 27 Kollegen und Kolleginnen hatten sich besonderer polizeilicher Fürsorge zu erfreuen, und zwar sämtlich deshalb, weil sie Streikposten standen.

Gegen 5 von diesen Kollegen und Kolleginnen wurde ein Verfahren eingeleitet auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung, die übrigen 22 erhielten Strafmandate über je 30 Mk., weil sie gegen § 132 der Strafenordnung verstoßen haben sollten. Die erstgenannten 5 Personen wurden sämtlich verurtheilt und zwar zu recht harten Strafen. Gegen 3 wurde erkannt auf je 8 Tage Gefängnis, gegen 1 Kollegin auf 1 Tag Gefängnis und gegen 1 weitere Kollegin auf 20 Mk. Geldstrafe. In diesen Prozessen wurde behauptet, daß sich die Angeklagten Bedrohungen haben zu Schulden kommen lassen, und zwar sollen es gewöhnlich die Worte gewesen sein: „Wenn Du runter kommst, kriegst Du Deine Drehsche“, oder: „Dir schlage ich die Knochen im Leibe entzwei.“ Ist es nun auch nicht zu billigen, daß derartige Worte fallen, — und die Kollegen und Kolleginnen können gar nicht genug gewarnt werden, den Streikbrechern gegenüber recht vorsichtig zu sein, — so muß man sich doch immerhin wundern, daß gegen Arbeiter, die doch keine akademische Bildung genossen haben, derartige harte Urtheile gefällt werden. Daß derartige Urtheile überhaupt möglich sind, das liegt natürlich in erster Linie an unserer Gesetzgebung. Legte doch ein Schöffengerichtsvorsitzender bei der Urtheilsverkündung von 1 Tag Gefängnis gegen eine Kollegin klar, daß wenn Geldstrafe zulässig sein würde, auf Geldstrafe erkannt worden wäre, so aber habe das Gericht auf die mindeste Strafe von 1 Tag Gefängnis erkannt. Trotzdem wurde gegen dieses Urtheil vom Staatsanwalt Berufung eingelegt, vom Gericht jedoch verworfen.

Nicht minder weniger Aufsehen haben die 22 Strafmandate erregt, die je über 30 Mk. lauteten. War es früher üblich, das Streikpostenstehen auf Grund des groben Unfugparagrafen zu bestrafen, so geht man jetzt so vor, daß die Betreffenden gegen § 132 der Berliner Strafenordnung gefehlt haben sollen. Für den gefunden Menschenverstand ist es einfach unbegreiflich, daß, da die Streikpostenstehen nicht strafbar ist, — trotzdem aber unsere Kollegen verurtheilt wurden. Es sind Streikposten verurtheilt worden, die auf den Straßen standen und Niemanden angesprochen haben. Ein besonders merkwürdiger Fall verdient noch besonders erwähnt zu werden:

Ein Kollege steht auf der Straße im Gespräch mit einer Frau. Nach kurzer Zeit tritt ein Schutzmännchen an ihn heran und fordert ihn auf, weiterzugehen. Als der Aufgeforderte wissen will, weshalb er weitergehen soll, wird er festgenommen, um seine Personalien festzustellen. Hierauf bekommt er nach einiger Zeit ein Strafmandat über 30 Mk., weil er gegen § 132 der Strafenordnung verstoßen habe. Dieser Paragraph besagt, daß er der Aufforderung des Beamten, — welche erget, um die öffentliche Ruhe, Sicherheit, Bequemlichkeit und Reinlichkeit der Straße zu erhalten, — unbedingt Folge zu leisten habe. Natürlich wurde gegen das Mandat richterliche Entscheidung beantragt.

Vor dem Schöffengericht, wo die Sache dann zur Verhandlung gelangte, fragte der Vorsitzende den Schutzmännchen: „Weshalb er den Mann arreirt habe?“ worauf der Zeuge erwiderte: „Weil er dort Streikposten gestanden hat.“ Auf die fernere Frage des Vorsitzenden: „Was denn ein Streikposten sei?“ bleibt der Schutzmännchen bei der Erklärung, daß der Betreffende dort Streikposten gestanden habe. Wieder frag der Vorsitzende: „Hat der Mann Jemanden angesprochen, so daß Sie erfassen konnten, daß er dort Streikposten stand?“

Diese Frage mußte der Schutzmännchen verneinen, er führte aus, daß er vom Arbeitgeber Metzsche darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß Betreffender Streikposten stehe. Nun richtete der Vorsitzende eine fatale Frage an den Schutzmännchen: „Würden Sie jeden Mann, der im Gespräch mit einer Frau steht, von der Straße weisen und wenn er diesem nicht nachkommt, zur Wache sistieren?“ Diese Frage mußte der Schutzmännchen allerdings verneinen. — Das Schöffengericht kam zur Freisprechung und zwar führte der Vorsitzende bei Verkündung des Urtheils aus, daß, da der Betreffende Niemanden angesprochen habe, die öffentliche Ruhe u. s. w. nicht in Gefahr war. Gegen dieses freisprechende Urtheil legte nun der Staatsanwalt Berufung ein. Vor dem Landgericht kam diese Sache anders: der Angeklagte behauptete zunächst, daß er sich dort zufällig im Gespräch mit der Frau befunden habe. Erst als der Vorsitzende darauf aufmerksam machte, daß das Streikpostenstehen „an sich“ erlaubt sei, gab der Betreffende zu, dort Streikposten gestanden zu haben. Das Landgericht verurtheilte den Angeklagten zu 5 Mk. Geldstrafe und zwar führte der Vorsitzende aus: „Die Befürchtung des Schutzmännchen war begründet, daß die öffentliche Ruhe u. s. w. gefährdet werden könnte.“

Wäre das Landgericht zur Verurteilung gekommen, wenn es sich um eine Person gehandelt hätte, die sich nur auf der Straße mit Jemandem etwas erzählt hätte?

Wie schon erwähnt, wurde gegen die 22 Strafmandate richterliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht, welches sich zunächst damit zu befassen hatte, kam zu folgenden Entscheidungen: 2 Kollegen wurden freigesprochen, 1 zu 30 Mk. Geldstrafe, 3 zu 20 Mk., 1 zu 8 Mk., 5 zu 15 Mk., 1 zu 10 Mk., 1 zu 6 Mk. und 6 Kollegen wurden zu 5 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Gegen diese Entscheidungen wurde ebenfalls Berufung eingelegt, d. h. bis auf die freisprechenden. Das Landgericht 1 kam zu folgenden Urtheilen: 1 Kollege wurde freigesprochen, 8 Revisionen wurden verworfen, 3 Mandate wurden von 15 Mk. auf 10 Mk., 1 von 30 Mk. auf 10 Mk. herabgesetzt. Eine Revision wurde unsererseits zurückgezogen, da grober Unfug vorlag. 6 Termine wurden vertagt, da erst festgestellt werden mußte, ob der Buchhändlerhof und die Handelsstätte Belle Alliance als öffentliche Verkehrsstätten anzusehen seien. In den zweiten Terminen wurden die Fragen besetzt und diese 6 Revisionen ebenfalls verworfen. 1 Kollege, der vom Schöffengericht freigesprochen wurde, nachdem der Staatsanwalt Berufung eingelegt, vom Landgericht zu 5 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Gegen diese Entscheidungen wurde bis auf die freisprechende beim Kammergericht Berufung eingelegt. Das Kammergericht hat jedoch diese verworfen. 6 Revisionen wurden unsererseits zurückgezogen, da doch aussichtslos.

Es sind also im Ganzen folgende Urtheile gefällt in dieser Angelegenheit: 2 Kollegen wurden freigesprochen, 3 Kollegen zu 20 Mk., 1 zu 18 Mk., 5 zu 15 Mk., 3 zu 10 Mk. und 7 Kollegen zu 5 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Kollege, welcher wegen groben Unfug verurtheilt wurde, hat ebenfalls 5 Mk. zu zahlen. Ein Strafmandat über 30 Mk. wurde gleich begahlt. An Strafen sind demnach zu zahlen 253 Mk. Bemerkung muß noch werden, daß sich die gesamten Kosten für sämtliche bis jetzt bezeichneten Fälle auf 5000 Mk. belaufen dürften.

Ferner hatte der Fabrikant Sala, Schützenstraße, 6 unserer Kollegen wegen Kontraktbruch vor dem Gewerbegericht verklagt. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Die Beklagten hatten sich gewiewert Ueberzeitarbeit ohne prozentualen Zuschlag zu leisten. Der Werkführer bemerkte, als ihm diese Weigerung bekannt wurde: „Wer nicht nach Feierabend arbeitet, wird entlassen!“ Die Kollegen legten darauf die Arbeit nieder. Dieses zog die Klage des Herrn Sala nach sich. Vor dem Gewerbegericht wurde festgestellt, daß hier Leute beschäftigt werden, die bei elfstündiger Arbeitszeit 26 Mk. erhalten, bei neunstündiger 22 Mk.

Es wurde folgender Vergleich geschlossen: die Beklagten zahlen an die Firma Sala jeber 16,20 Mk. wegen Kontraktbruch abzüglich der einbehaltenen Rantion. Herr Sala machte noch geltend, daß er durch den Streit einen Verlust von ungefähr 800 Mk. erlitten habe.

Der Kollege Weinreyer klagte gegen einen Buchdruckereibesitzer auf Rückzahlung von 3 Mk. einbehaltenen Lohn. Das Innungsgericht verurtheilte den beklagten Firma, Kläger die 3 Mk. zu zahlen.

Der Kollege Munder klagte gegen den Fabrikanten Simonsohn auf Zahlung eines vorerhaltenen Preiszuschlags. Die Sache ist seinerzeit ausführlich in der Zeitung besprochen worden.

Ferner klagte der Kollege Leichmann gegen die Firma Caspar Wschersleben auf Zahlung rückständigen Lohnes in der Höhe von 46,72 Mk. Dieser Prozeß wurde gewonnen und Kläger diese oben erwähnte Summe zugesprochen, doch wurde er zur Zahlung der Hälfte der Kosten im Betrage von 3,50 Mk. verurteilt.

Der Kollege Bagel klagte gegen den Werkführer Dahms von der Firma Priester & Eydt wegen thätlicher Beleidigung. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Kläger wurde eines Tages vom bezeichneten Werkführer bedrängt, er solle 14 Tage aussetzen. Beim Chef setzte Kläger es jedoch durch, daß er weiterarbeiten konnte. Eines Montags, als Kläger zur Arbeit kam, machte sich der Werkführer besonders bei ihm bemerkbar; als der Kläger sich erlaubte eine Aeußerung zu thun, gab ihm der Werkführer eine Ohrfeige. Da vor dem Gericht der Kläger zugeben mußte, daß er ebenfalls eine beleidigende Aeußerung gethan habe, so wurde ein Vergleich beschloffen, in dem jeder beuauerte den andern beleidigt zu haben, außerdem hatte jeder die Hälfte der Kosten zu tragen.

Das wären so die bemerkenswertheften Fälle, in denen Mitgliedern Rechtsschutz gewährt wurde. A. S.

Korrespondenzen.

Konstanz. Am 13. Juli hielt unsere Zahlstelle anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens eine wohlgelungene Abendunterhaltung ab, zu welcher sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte, so daß der Schwedensteinsaal fast besetzt war. Das Programm, welches ein sehr gewähltes war und sehr eract durchgeführt wurde, bestand aus Konzert, Solo- und humoristischen Vorträgen, Theater und Tanz. Die Feste, welche Kollege Kiesel hielt, wurde mit nicht endenwollendem Beifall aufgenommen. Derselbe warf zunächst einen Rückblick auf unsere Zahlstelle und schilderte sodann in kräftigen Worten die segensreiche Thätigkeit der Organisation. Redner betonte besonders scharf, daß die Organisation in ihrem verhältnismäßig kurzen Bestehen auch auf moralischem Gebiet mehr geleistet habe, als die Religion bis jetzt in Jahrhunderten vermochte. Indem er noch unsere letzte Bewegung streifte, und die anwesenden Kollegen, welche der Organisation fernestehen, aufforderte, derselben beizutreten, schloß er seine Ausführungen mit den schönen Worten H. Greulichs: „Wie ein Geist mit Feuerflammen geht ein Wort von Land zu Land.“

Die andern Punkte des Programms wurden sehr gut ausgeführt und vom Publikum dankend applaudirt. Einige Erwähnung wollen wir noch der Aufführung des Theaterstückes: „Wieder ein Kämpfer“ entgegenbringen.

Dieselbe ging sehr flott von statten und wurde mit lebhaftem Interesse verfolgt. Trotz des Ernstes, den das Stück enthält, konnte sich das Publikum bei einzelnen drastischen Stellen das Lachen nicht verwehren. Die Hauptrollen wurden mit einer so feinen Schattirung wiedergegeben, daß man sich unwillkürlich, trotz der gehobenen Stimmung, in den harten Klaffenkampf versetzt fühlte.

Hierauf wurde, besonders von den anwesenden Damen, dem Tanzergnügen geshuldet, bis die Polizei uns durch Feierabendbieten um 3 Uhr Morgens zum Aufbruch zwang. Alles in Allem können wir mit Stolz auf das Arrangement zurückblicken und sprechen wir hiermit Jedem, der zum Gelingen desselben beigetragen hat, den besten Dank aus.

Möge aber auch Keiner erlahmen und immer und immer wieder für den Verband thätig sein, wenn es gilt, dessen Interessen zu wahren und zu fördern. Kollegen, agitiert fleißig, damit wir im Herbst im Stande sind, den Beschlüssen des Sautags Rechnung tragen zu können.

Regensburg. Anschließend an den Bericht vom Sautag in Erlangen über die Verhältnisse in Regensburg möchte ich Folgendes nachgetragen wissen.

Die Buchbindereien Koller und Elmayer bilden mit der bereits genannten Firma Stäbelen die Schmutzkonkurrenz Regensburgs. Koller beschäftigt 8 Gehilfen und 2 Arbeiterinnen. Davon bekommen 2 Gehilfen einen einigermaßen anständigen Lohn, während die übrigen mit 13, 12, 10 Mk. abgefunden werden. Ein Ausgelernter erhält den horrenden Lohn von 5 Mk. ohne Kost und Logis pro Woche. Für Ueberstunden, welche in diesem Geschäft an der Tagesordnung sind, wird nicht der geringste Zuschlag gewährt. Sämtliche Feiertage werden in Abzug gebracht, was in Bayern bei der großen Anzahl von Wochenfeiertagen einen horrenden Ausfall bedeutet. Die Arbeiterinnen werden

mit 70 Pf. bis 1 Mk. pro Tag entlohnt. Es ist vorzuziehen, daß kaum der Schule entwachsene Mädchen zur Bedienung des Walzwerkes verwendet wurden. Die Folge dieser Ausbeutung war, daß ein Mädchen beinahe einige Finger eingebüßt und zum Krüppel geworden wäre. Herr Buchbindermeister Elmayer versteigt sich zur Beschäftigung eines Gehilfen überhaupt nicht mehr. Derselbe arbeitet bloß mit Lehrlingen, obwohl er Hausbesitzer und sehr vermögend ist. Kommt die Zeit, daß einer seiner Lehrlinge frei wird, so setzt er ihn einfach auf die Straße, nur um nicht ein paar Pfennige mehr bezahlen zu müssen. Ob der Betreffende etwas gelernt hat, darum bekümmert sich Herr Elmayer nicht.

Der Zweck dieser Zeilen soll der sein, die Handlungsweise dieser Herren entsprechend tiefer zu hängen und den Kollegen zu zeigen, daß auch in Regensburg nicht alles Gold ist was glänzt.

Münberg. In unserer öffentlichen Versammlung vom 9. Juli sprach Verbandsvorstand Kollege Dietrich über „die bisherigen Erfolge des Deutschen Buchbinderverbandes und dessen Unterstützungswesen“. Redner führte in seinem etwa einstündigen Vortrag all die vielen Erfolge unseres Verbandes seit Bestehen vor, behandelte besonders eingehend die Errungenschaften der vorjährigen Bewegung, sprach dann von den großen Vorteilen der Tarifgemeinschaften, deren Einführung allerorts zur Nothwendigkeit geworden ist. Auch in Münberg müsse man an eine Verbesserung der Lage denken, denn laut vorjähriger Statistik stehen die hiesigen Verhältnisse gegenüber anderen Orten in gar keinem Einklang. Redner kam dann noch auf das Unterstützungswesen zu sprechen. Diesen trefflichen Ausführungen, welche sehr beifällig aufgenommen wurden, folgte eine Diskussion, in welcher einige Kollegen die vorjährige Statistik zu hoch fanden und führten die schlechten Verhältnisse der Kleinbuchbindereien als Ursache ihrer Behauptungen an.

Würzburg. Am 10. Juli dieses Jahres wirkte sich der Wunsch der Würzburger Kollegen, den Verbandsvorsitzenden Dietrich einmal in ihrer Mitte begrüßen zu können. Derselbe referierte in einer öffentlichen Versammlung über: „Die bisherigen Erfolge und das Unterstützungswesen des Deutschen Buchbinderverbandes.“ Die Versammlung, welche um 9 Uhr vom Zahlstellenbevollmächtigten Kollegen Schmitt eröffnet wurde, war sehr gut besucht, auch Arbeitersekretär Genosse Bullmer war anwesend. Das einstündige Referat des Verbandsvorsitzenden wurde sehr beifällig aufgenommen. Ein anwesender indifferenter Kollege, der zwar kein Gegner des Verbandes sein will, aber doch sehr eifrig für einen sogenannten „christlichen Gewerksverein“ agitirt, wurde vom Verbandsvorstand so gründlich belehrt, daß er wohl künftig seine Agitationslust etwas einschränken wird. Am Schlusse der Versammlung waren fünf Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß die hiesige Zahlstelle heute 38 Mitglieder zählt. Eine Resolution folgendes Wortlauts fand Annahme:

„Die heute im Restaurant „Oberthür“ tagende öffentliche Buchbinderversammlung erblickt nach den Ausführungen des Referenten Dietrich in dem Verbanne dasjenige Mittel, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und die bereits errungenen Vortheile zu erhalten. Ferner verspricht die Versammlung, durch fleißige Agitation auch den letzten Kollegen für uns zu gewinnen, um bei eventuellen Anschlägen des Unternehmertums denselben geint gegenüber zu stehen.“

Kollege Schmitt schloß die Versammlung mit der Bitte an die Kollegen, auch fernerhin die Versammlungen pünktlich und fleißig zu besuchen.

Nach Schluß der Versammlung gab die Sängersabtheilung der hiesigen Zahlstelle einige sehr gut gelungene Gesangsvorträge zum Besten.

In der Versammlung am 20. Juli wurde der Geschäfts- und Kassenbericht des zweiten Quartals vom Kollegen Schmitt gegeben; derselbe lautete folgendermaßen: Im zweiten Quartal fanden 6 Versammlungen statt; die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 32. Durchreisten 19 Kollegen; Unterstützung bezogen 29 Kollegen, darunter 6 Lokalunterstützung. Unsere Verbandsbesorger benutzten 2 Kollegen, 1 Kollege die Herzberge zur „Heimath“.

Kassenbericht: Einnahme 188,22 Mk., an die Verbandskasse gesandt 60,42 Mk., um Orte behalten 30 Mk. Lokalkasse: Einnahmen 42,13 Mk., Ausgaben 17,30 Mk., bleibt für drittes Quartal 24,83 Mk. in Baar, sowie ein Guthaben von 8 Mk. und 10 Mk. in Werthsachen vorhanden.

Dresden. Die am 20. Juli tagende Versammlung hatte zur Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen

Streine: „Streifzüge durch die diesjährige Kunstausstellung in Dresden.“ 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Besprechung des Jahresberichts. 4. Gewerkschaftliches.

Durch die Bummellei vieler Kollegen, erst halb 10 Uhr zu kommen, mußte der Vortrag als zweiter Punkt gesetzt und der dritte Punkt zuerst verhandelt werden. Der Vorsitzende Schönberger gab den Jahresbericht. Eine Debatte fand nicht statt.

Sobann ergriff Genosse Streine das Wort zu seinem Vortrag. In anderthalbstündiger Rede gab er uns einen sehr interessanten Ueberblick über die hauptsächlichsten Gemälde der Dresdener Ausstellung und die darin vertretenen besten Künstler, wie: Sascha Schneider, Pieschmann, Krefsel, Naumann, Reiniger, Otto Fischer, Klimmt, Böcklin, Kürsch, Metis, Sulorita (Frankreich), Lenbach u. A. m. Auch das Kunsthandwerk ist stark vertreten, es war 1897 das erste Mal an der Ausstellung betheiligt. Redner machte dann auf die verschiedenen Stilarten aufmerksam und hebt hervor, daß der Naturalismus in seinen neueren Erzeugnissen jetzt recht in die Höhe strebt. Weiter macht er uns mit der Verlichtheit der besonders beachtenswerthen Gegenstände der Ausstellung näher vertraut, es sollte Jeder, wenn möglich, die Ausstellung besuchen, da der Eintrittspreis jetzt erniedrigt ist. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Zum zweiten Punkte giebt der Bevollmächtigte folgenden Bericht: Es haben in diesem Quartal 5 Versammlungen stattgefunden. Eingetreten sind 6 Kollegen, vom Auslande übergetreten 1 und 12 zugereift. Ausgetreten 1, wegen Nesten gestrichen 11 und abgereift 19. Der Bestand der Mitglieder beträgt 144. Durch das Austragen der Zeitung können wir konstatiren, daß die Nester schon erheblich abgenommen haben.

Kollege Legler giebt den Kassenbericht. Einnahmen 826,10 Mk., Ausgaben 826,10 Mk. Auf Antrag Malwald wird dem Kassier Decharge erteilt.

Hierauf folgt der Bericht des Arbeitsnachweises. Arbeitslos waren 56 Kollegen mit zusammen 445 Tagen. 17 Stellen waren eingelaufen, 13 davon sind durch uns besetzt worden, 4 waren schon besetzt.

Darauf gab Zettel den Bibliotheksbericht. Es ist ein Bestand von 150 Büchern zu verzeichnen. Davon sind 43 an 26 Kollegen ausgeliehen worden.

Unter Gewerkschaftlichem machte der Vorsitzende auf den Verbandstag der österreichischen Kollegen aufmerksam.

Berichtigung. Im letzten Bericht ist ein Fehler unterlaufen. Es heißt dort: „Daraufhin wurde ihm vom Ueberwachenden angedroht, daß er, weil Libert nicht zu unserer Gewerkschaft gehört, die Versammlung auflösen müsse.“ Es soll heißen: „Da die Glasarbeiter, Weber und Tabakarbeiter nicht zu der Buchbindergewerkschaft gehören, soll auch nicht darüber gesprochen werden.“

Braunschweig. Am 13. Juli fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht des Bibliothekars und Arbeitsnachweises; 3. Kartellbericht; 4. Fragekasten.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden entnehmen wir, daß im verfloffenen Quartal 5 Mitglieder- und 1 Generalversammlung stattgefunden haben. An Korrespondenzen sind eingegangen 6 Briefe, abgegangen sind 6 Briefe und 2 Karten. Durch Beschluß des letzten Sautags, wonach alle unsere Einzelmitglieder dem Gauvorstand überwiesen werden mußten, ist unsere Zahlstelle von 52 auf 35 Mitglieder zurückgegangen. Ausgeschlossen wurde 1 Kollege wegen Nesten, gestrichen 3.

Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 295,90 Mark, stattgibt eine Ausgabe von 99,75 Mk., mithin nach Sautagart 196,15 Mk. abgesandt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 87,74 Mk., ausgegeben wurden 55,30 Mk., bleibt ein Bestand von 32,44 Mk. Der Bestand des Streifonds ist 48,55 Mk.

Kasse und Bücher wurden vom Revisor in Ordnung befunden und wird der Kassier entlastet.

Zum Bericht des Bibliothekars ist kurz zu berichten, daß 22 Kollegen 14 Bücher gelesen haben. Aus dem Bericht des Arbeitsnachweises und Arbeitsnachweises fällt eine Thatsache auf, die jedenfalls sehr betrübend ist. Es wurde hier wiederholt die Beobachtung gemacht, daß viele Kollegen, die sich ihre Unterstützung auszahlen ließen, trotz Aufforderung, das Gewerkschaftshaus aufzusuchen, sich nach der christlichen Herberge begeben haben. Das hiesige Gewerkschaftshaus, welches von den Gewerkschaften Braunschweigs erworben wurde, ist gut eingerichtet und entspricht in jeglicher Beziehung den heutigen Anforderungen. Daß die Kollegen durch

solches Verhalten ihrem gewerkschaftlichen Prinzip untreu werden, sollte wohl Jedem klar sein, deshalb richte ich an alle reisenden Kollegen den Appell, bei ihrem Besuch hier ihre gute kollegiale und gewerkschaftliche Ueberzeugung zu betätigen. Hierauf wird ein Antrag Geißlers, das Donny-System wieder einzuführen, angenommen.

Im Bericht vom Kartell streift Kollege Klar kurz die Bewegung der Glasarbeiter in Nienburg, welche nun schon seit 18 Wochen im Kampfe stehen, und den Tabakarbeiterstreik in Nordhausen. Da die beiden Industrie-Gruppen die Unterstützung der gesamtdeutschen Arbeiterchaft in Anspruch nehmen müssen, so richtet Redner die wiederholte Aufforderung an alle tabaksumtrende Kollegen, nur von denjenigen Firmen zu kaufen, welche vom Gewerkschaftskartell bekannt gegeben sind.

Klar vermischt auf dem heutigen Programm die sehr notwendige Frage: „Wie agitiert man am Orte?“, da jetzt nach dem 1. Juli die alten Beiträge wieder eingeführt sind und die Agitation in Folge dessen nicht mehr so viele Schwierigkeiten bietet. Das Thema wird sofort aufgenommen und einer weitgehenden Besprechung unterzogen, doch wegen vorgerückter Zeit konnten bestimmte Beschlüsse nicht mehr gefaßt werden und wurde der angeregte Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Nach Erledigung kleiner lokaler Angelegenheiten wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. (Portefeuilier.) Der am 20. Juli d. J. in Stadt Gotha tagenden öffentlichen Versammlung lag folgende Tagesordnung zu Grunde: 1. Situationsbericht der Portefeuilierbranche; 2. Gewerkschaftliches; 3. Diskussion.

Die Versammlung eröffnet Kollege Frißsche. Nachdem er ein Referat über die Organisationsverhältnisse der Portefeuilier hält, kommt er auf die neue Zentralorganisation dieser Branche zu sprechen. Steht er derselben auch nicht mehr so skeptisch gegenüber als zur Gründung derselben, so befürchtet er doch das allmähliche Verlaufen dieser Bewegung. Zum Schluß seiner Ausführungen kommt er zu der Ansicht, daß der Portefeuilierverband einstmals doch wieder ein Glied des Buchbinderverbandes werden wird, denn je größer die Zentralisation ist, desto wirkungsvoller ist eine größere eventuelle Bewegung. Vor allen Dingen ist es ratsam, daß beide beteiligten Verbände so friedlich wie nur möglich zusammenwirken, und nicht, wie es leider der Fall zu Anfang war, eine gegenseitige Befehdung vor sich geht.

Während der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner sympathisch dem Portefeuilierverband gegenüber aus, nur bemängeln sie den niedrigen Beitrag von 20 Pf., indes andererseits betont wird, daß die Massenorganisation viel leichter zu vollziehen ist, eben durch diesen niedrigen Beitrag. Zu einer definitiven Einigung beider Ansichten kommt es nicht. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß am 10. August d. J. Kollege Weinschilb, Vorsitzender des Portefeuilierverbandes, hier in Leipzig referiert, und daß da die Verhandlungen weiter gepflogen werden können.

Vor Schluß der Versammlung werden seitens verschiedener Kollegen Werkstüberverhältnisse besprochen. Der Vorsitzende äußert den Wunsch, diese Angelegenheiten lieber in Werkstüberversammlungen zu ventilieren. Die gut besuchte Versammlung wurde abgebrochen mit Sympathiebekundungen für die im Streit stehenden Glas- und Tabakarbeiter.

Berlin. In der am 10. Juli abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle gab Brückner seinem Befremden über den sehr schwachen Besuch Ausdruck. Man könne nicht allein der außerordentlichen Hitze, sondern müsse auch der immer mehr um sich greifenden Lausheit der nicht anwesenden Kollegen die Schuld dafür zumessen. Hierbei stellte er einen von der Ortsverwaltung zu befürwortenden Antrag in Aussicht, im August nur nach Bedarf eine Versammlung stattfinden zu lassen.

Die von Lemser vorgelegte Abrechnung von der Maisfeier ergab eine Einnahme von 682,80 Mk., eine Ausgabe von 233,30 Mk., mithin einen Ueberschuß von 449,50 Mk. Die Versammlung erteilte dem Kassier Decharge.

Mit großer Majorität wurde der Antrag angenommen, den streikenden Tabakarbeitern 50 Mk. zu bewilligen.

Der von Goldschmidt gestellte Antrag, den Vortrag von der Tagesordnung abzusetzen, wurde abgelehnt, nachdem sich der Referent dagegen ausgesprochen hatte.

Herr Schütte führte in seinem Referate aus, daß die nicht wieder rückgängig zu machende Todesstrafe ein

Hohn auf unser humanes Zeitalter sei, wenn auch die früheren grausamen Todesstrafen des Steinigens, der Kreuzigung und des Lebendigbegrabens jetzt nicht mehr existieren. Die zur Abschaffung der Todesstrafe gemachten Versuche sind bisher an dem Widerstand der herrschenden Klassen gescheitert, welche für die Beibehaltung religiöse Gründe, die Abschreckungs- und Vergeltungstheorie anführen. Allgemein menschliches Empfinden, wie vielfach begangene Justizmorde, sprächen für das Aufheben derselben, wobei nicht außer Acht zu lassen sei, daß die durch eine Hinrichtung in Mitleidenschaft gezogene Angehörigen eines Verurteilten schwer getroffen würden.

Der von Brückner vorher angekündigte Antrag, der Ortsverwaltung zu überlassen, eine Versammlung im August nur in dringendem Falle einzuberufen, fand Annahme.

Steglich. Am 17. Juli hielt die hiesige Zahlstelle ihre zweite Quartalsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Bericht vom Sommervergnügen; 3. Vortrag; 4. Verschiedenes.

Den Geschäftsbericht gab Kollege Joseph wie folgt: Es wurden im verflochtenen Quartal abgehalten 1. General- und 2. Mitglieberversammlungen, sowie 2. Vorstandssitzungen. Der Besuch der Versammlungen war gut; in einer derselben hatten wir einen Vortrag. Der Mitglieberbestand betrug am Schluß des ersten Quartals 29; aufgenommen wurden 2 männliche und 2 weibliche, zugereist 6 männliche, abgereist sind 5 männliche und 1 weibliche, freiwillig ausgetreten 2 weibliche, bleibt ein Bestand von 20 männlichen und 11 weiblichen, zusammen 31 Mitgliedern.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Höhn gegeben und ergab folgendes Resultat: Verbandskasse: Einnahmen 149,55 Mk., Ausgaben 22,57 Mk.; an die Zentralkasse gesandt 126,98 Mk. — Lokalkasse: Bestand vom ersten Quartal 11,63 Mk., Einnahmen 30,22 Mk., Ausgaben 7,25 Mk. Bleibt ein Bestand von 34,60 Mk.

Der Bericht vom Sommervergnügen zeigt eine Einnahme von 98,80 Mk., dem gegenüber steht eine Ausgabe von 91,45 Mk., somit bleibt ein Ueberschuß von 7,35 Mk. — Diese Berichte wurden von der Versammlung gutgeheißen.

Der dritte Punkt mußte, da der Referent am Erscheinen verhindert war, vertagt werden.

Unter „Verschiedenes“ wurde der Vorschlag des Vorstandes, am 4. August einen gemeinschaftlichen Ausflug nach „Waldebrunne“ bei Zehlendorf zu machen, von den Mitgliedern freudig aufgenommen. Hierauf Schluß der von 25 Mitgliedern besuchten Versammlung.

Hannover. Eine am 20. Juli abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Der Oesterreichische Buchbinderverband, 2. Agitation, 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Güth und entwickelte derselbe, an der Hand detaillierten Materials, in 1 1/2 stündiger Rede ein klares Bild der österreichischen Organisations- und Arbeitsverhältnisse.

Für den lehrreichen Vortrag wurde dem Redner allseitiger Beifall gezollt. Es wäre sehr zu wünschen, daß unserer Bruderorganisation stets ein allseitiges Interesse entgegengebracht würde.

Auf Antrag des Kollegen Urbantzke wurde der zweite Punkt der Tagesordnung wegen vorgeschrittener Zeit vertagt.

Unter Verschiedenem verliest der Vorsitzende ein Einladungs schreiben der Zahlstelle Hildesheim zu dem daselbst am 4. August stattfindenden Sommerfest, er betont zugleich, in eine rege Agitation hierfür leider nicht eintreten zu können, da an demselben Tage ebenfalls das Sommerfest der Zentralkrankenkasse, Verwaltungsstelle Hannover, stattfindet. Jedoch ersucht Kollege Güth sowie Kollege Soppert alle anwesenden Kollegen, diese beiden für uns gleich wichtigen Festlichkeiten zu unterstützen, indem jeder Kollege nach bestem Wissen handeln möge. Kollege Schröder fordert zu zahlreicher Betheiligung am Sommerfest der Zentralkrankenkasse, sowie zum zahlreichen Besuch der am 27. stattfindenden Generalversammlung derselben auf. Kollege Mehrmann berichtet über die Tätigkeit einer in Folge Differenzen unter den Kollegen einer hiesigen Werkstube gewählten und zur Vermittlung bestimmten Kommission. Es zeigt sich hierbei, wie in so vielen Streitfällen unter Kollegen, daß sehr leicht, bei redlichem Bemühen beider Parteien, solche unangenehme Angelegenheiten im Keime erstickt werden können.

Eine längere Debatte ruft eine im Fragekasten enthaltene Frage hervor, welche besagt: „Wird zur Vorstandswahl eine Vorbesprechung abgehalten?“ Der Vorsitzende erklärt, daß sich dazu der Vorstand jedenfalls nicht entschließen wird; demgegenüber führt Kollege Nicolai, welcher für Vorbesprechung eintritt, aus, daß dieses hierorts bisher gehandhabte System ein für jegliche Verhältnisse sehr ungesund ist, und es bei dem jetzigen guten Versammlungsbefuch wohl sehr gut möglich sei, einen Vorstand zu wählen, zumal es doch auch jeder Werkstube unbenommen bliebe, aus ihrer Mitte einen Kollegen, mit dem Rücksprache vorher genommen wäre, vorzuschlagen. Wie ungesund das System sei, habe die letzte Vorstandswahl gezeigt, wo ja die 15—20 in der Vorbesprechung anwesenden Kollegen nach ihrem besten Wissen und Willen Personen herausgesucht hätten; nachdem in der Versammlung von der Allgemeinheit andere Vorschläge gemacht wurden und die Betreffenden gewählt waren, seien einzelne Kollegen der Firma König & Gebhardt auf den Plan getreten mit der Behauptung, daß die ganze Vorstandswahl eine Maché der Oeler & Krüschschen Kollegen sei. Kollege Güth führt weiter an, daß der Vorstand sich zusammensetzt aus: 3 Kollegen von R. & G., 3 von G. & R., die übrigen 3 entfallen auf 2 andere Werkstüber. Eine Kollegenschaft wie die der Firma G. & R., wo man bis auf einen sehr kleinen Teil der Organisation angehöre, könne, ohne eine sogenannte Maché zu inszenieren, Kollegen aus ihrer Mitte zu Verwaltungsbeamten in Vorschlag bringen und für dieselben agitiere. Aus diesem Grunde spricht der Vorsitzende sich gegen die Vorbesprechungen aus, mit dem Hinweis, daß wenn nachher die Wahl nicht nach Wunsch der kleinen, an der Vorbesprechung teilnehmenden Zahl, ausfalle, man diese lächerlichen, unwahren Behauptungen wieder zu hören bekommen würde. Die Versammlung schließt sich den Ausführungen an.

Hierauf wurde dieselbe, nach der Aufforderung des Vorsitzenden, rege zu agitiere, geschlossen. Es sei am Schluß noch erwähnt, daß trotz der schönen Sommerzeit (für uns Buchbinder leider Gurrenzeit) unsere Versammlungen sich eines sehr guten Besuches erfreuen. Agitiere ein jeder Kollege, und werbe neue Mitglieder, damit die Zahlstelle Hannover den gebührenden Platz einnehmen kann.

Erwiderung.

Wie aus dem in Nr. 27 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltenen Bericht aus Leipzig hervorgeht, ist die unter Anderem auch von mir gebrauchte Behauptung, daß diese Zahlstelle im vergangenen Jahre circa 1100 Mitglieder Abgang hatte, als Unwahrheit bezeichnet worden.

Ich weise diesen Vorwurf, soweit er sich auf mich beziehen soll, ganz entschieden zurück. Zum Beweise sei hier festgesetzt, daß laut des mir vorliegenden gedruckten Geschäftsberichts der Zahlstelle Leipzig über das Jahr 1900 allein 714 Mitglieder gestrichen werden mußten und 318 meldeten freiwillig ihren Austritt an. (Von den Eintritten ist meinerseits in der betreffenden Versammlung gleichfalls Erwähnung getan.)

Es mag in Leipzig unangenehm berührt haben, wenn sie zusehen mußten wie ihr Geschäftsbericht als Material gegen die von ihnen so sehr befürwortete Extrasteuer mitbenutzt wurde, — aber hindern können sie das nicht, umföweniger als sie sich weit mehr dafür ins Zeug legten, als jede andere Zahlstelle, ja wie selbst der Verbandsvorstand.

Denn wenn das in Leipzig passiert ist, also in einer Zahlstelle, die eine glücklich beendete Lohnbewegung hinter sich hat, dann kann man sich einen ungefähren Begriff machen, welcher Rückgang in kleinen und mittleren Zahlstellen und welche Zerrüttung im Verband Platz gegriffen hätte, wenn der Versuch Leipzigs, die Forthebung der Extrasteuer durchzubrüden, geglückt wäre.

Wie hoch man die sonstigen, hinter meinem Rücken gegen mich gerichteten Polemiken zu bewerten hat, das überlasse ich der gesunden Einsicht der Kollegen, mich sieht das nicht an.

Zur bezüglich einer anderen Anrempelung gegen die Zahlstelle Hamburg sei hier beiläufig bemerkt, daß die hiesigen Mitglieder ohne Extrasteuer noch immer so hohe Beiträge entrichten, wie in Leipzig mit der Extrasteuer.

Auch hier lag also für Leipzig kein Anlaß vor, sich gegenüber Hamburg aufs hohe Ross zu setzen.

Hamburg.

H. Schlegel.

Berichtigung.

Wir erhalten vom Vorsitzenden des „Deutschen Buchbindervereins“ folgende Zuschrift:

Zu dem in der Nr. 28 Ihres geschätzten Blattes enthaltenen Artikel „Soziale Rechtspflege“ bitte ich, unter Hinweis auf § 11 des Pressgesetzes, um gest. Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß ich gesagt „Frische habe eine Kennzeichnung unliebsamer Arbeiter u. s. w. angeordnet.“ Aus dem an Amtsstelle geführten Protokoll wird ohne Mühe herauszulesen sein, daß ich auch nicht im Entferntesten daran gedacht habe, eine derartige Verächtlichung auszusprechen. Der Name Frische ist von mir nur in Verbindung damit gebraucht worden, als ich Mitteilungen über den Druck der Arbeitszeugnisse, Versenden der Probebogen mit der Fußnote und Wegfall letzterer bei der ganzen Auflage machte. Ferner habe ich auf die immer wieder geäußerten Befürchtungen der Gehilfen, daß doch wohl eine geheime Kennzeichnung beabsichtigt sein könnte, erklärt, daß wohl von einigen Seiten von einer solchen gesprochen, diese Idee im Verbands jedoch eine glatte Ablehnung gefunden habe.

Dachachtungsvoll

Alfred Sperling.

Bundschau.

* Der nächste deutsche Gewerkschaftskongress soll Ende Juni 1902 in Stuttgart stattfinden.

* Eine gebrochene Staatsstube. Der Buchbinder Fuchs, welcher lange Jahre in der Buchbinderei von W. Kämmerer in Berlin beschäftigt war und welcher bei der vorjährigen Ausperrung als „Arbeitswilliger“ besonders „berühmt“ wurde, ist vor Kurzem wegen Veruntreuungen, die er bei seinem Chef verübt, verhaftet worden. Fuchs hat Blattgold etc. in ziemlichem Umfang entwendet. Die Anzeige erfolgte durch seinen Arbeitgeber bei der hiesigen Kriminalpolizei.

Das ist wieder einer von Denjenigen, welche der Staat besonders zu schützen hat und von denen der Graf Posadowsky bei der Beratung der Justizhausvorlage sagte: „Die Arbeitswilligen sind die Stützen des Staates.“ Wir gratulieren dem Herrn Grafen zu diesen Orbnungsstücken!

* Ein Verdant. Im „Kottbusser Anzeiger“ stand neulich folgendes Inserat:

„Buchbinder, N. B., solche ältere, die in Druckereien tätig waren, erb. Vorzug, zum 22. 7. gesucht. Richard Espenhahn, Finsterwalde.“

Bisher war es wohl noch nicht üblich, daß unsere Meister öffentlich Gehilfen suchten mit der ominösen Beifügung N. B. (Nicht Verbandsmitglieder). Dem Manne kann aber geholfen werden durch ein vier Tage später in derselben Zeitung erschienenen Inserat:

„Buchbinder sucht zur weiteren Ausbildung Stellung. Lohn Nebensache.“

Offerte unter 3185 an die Exp. d. Bl. erbeten.“

Beide sind anscheinend einander werth, schade um die Inserationskosten, die Beide vorausgibt haben.

* Kollege C. Eberhard, zur Zeit Bevollmächtigter in Kassel, wird demnächst nach Forst i. L. überstellen, um daselbst in die Redaktion der „Märkischen Volkstimme“ einzutreten.

* Der allgemeine bayerische Handwerkerstag dürfte doch für uns besonderes Interesse haben. Nicht deshalb, weil er unter Vorsitz des ehrsamten Kommerzienraths und Obermeisters Nagler tagte, sondern seiner eigenartigen Beschlüsse und einer trefflichen Rede eines Schustermeisters wegen.

Die dort gefaßten wunderbaren Resolutionen verlangen nämlich Folgendes: Politische Ständevertretung in den öffentlichen Körperschaften, gesetzlicher Schutz, sowie Zusammenschluß in Berufsvereinigungen behufs gegenseitiger Unterstützung bei Streiks, Einschränkung der Regiebetriebe der Werkstätten, Einführung des Arbeitsbuchs für alle Gesellen ohne Unterschied des Alters, Zusammenschluß der Handwerker zu Genossenschaften und Anpöhrung der Arbeitgeber für Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns.

Aus dem Spech des erwähnten Schustermeisters — der Mann heißt Hetterich und stammt aus Würzburg — wäre hervorzuheben:

Die Handwerker wollen keineswegs den Arbeitern ihr Koalitionsrecht beschneiden. So lange das auf legalem Wege geschehe, hätten sie nicht dagegen. In letzter Zeit häuften sich aber die Fälle, daß mittelst Drohungen, Einschüchterungen und auch körperlichen Nichtigungen die Arbeitswilligen von der Arbeit abge-

halten werden. Dem gegenüber müssen wir Einspruch erheben. Der Handwerker wird von den Streiks doppelt so schwer wie der Fabrikant betroffen, denn er kann sich nicht durch Streik Klauseln schützen. Im Jahre 1900 sind in Deutschland 1472, in Bayern über 100 öffentliche Streiks ausgebrochen. Doppelt so groß sind die nicht ausgebrochenen Streiks. Diese sind die gefährlichsten, denn die Meister werden da schon vorher müde gemacht, Löhne zu bewilligen, welche mit ihrem eigenen Verdienst in gar keinem Einklang stehen. Die Streiks werden meistens nach der alten Methode arrangirt. Da wird aus München, Nürnberg, Berlin oder Hamburg ein Berufsagitorat verschrieben, der für die verschiedensten Berufe dieselbe Rede hält. (Sehr richtig!) Gewiß, die Lage des Arbeiters ist nicht die glänzendste. Dafür ist er eben Arbeiter, das läßt sich eben nicht ändern. Die Streiks sind zur Erzielung besserer Lohnbedingungen gar nicht nöthig, wie man bei den Diensthöfen sehe. Aber der Handwerkerstand soll keunruht und vernichtet werden, damit auf seinem Ruin die rotthe Internationale aufgebaut werden kann. Leider hat der Reichstag einer Verschärfung des § 153 und einem Ausbau der Gesetzgebung nach dieser Richtung nicht zugestimmt. Bei der heutigen Parteizusammensetzung sei mit ähnlichen Anträgen auf staatliche Abwehrmaßregeln nichts zu erreichen. Es bleibe daher nur die Selbsthilfe. Wenn eine geschlossene Organisation der Handwerksmeister den Streikenden gegenübergestellt werde, so werde die Sache ganz anders aussehen. Aber der Einzelne müsse dann auch seine mit Streik überzogenen Handwerksgeossen durch Ueberlassung überflüssiger Arbeitskräfte, Uebernahme von Arbeiten zu unterstützen suchen, aber nicht wie bisher die Kundhaft abzufangen suchen. Durch die Innungen und Handwerkskammern müsse auf die Gehilfen erzeherrlich gewirkt werden, um einen Gehilfenstand zu schaffen, der sich von den gewissenlosen sozialdemokratischen Hezern abwendet und in Eintracht mit den Meistern arbeite.

Diese Ausführungen wurden vielfach mit lautem Beifall aufgenommen. Wenn der gute Mann nur nicht Pech hat mit seinen Vorschlägen zur Handwerksretterei!

* Ein internationaler Buchdruckerkongress findet vom 8. bis 10. August dieses Jahres in Luzern statt. Zur Beratung werden unter Anderem kommen: Die Gründung einer internationalen Widerstandslasse, Festsetzung eines gleichmäßigen Plakatumg für alle Verbandsgebiete und die Anstellung eines Sekretärs, der die Aufgabe hat, die Beziehungen unter den einzelnen Buchdruckerverbänden, soweit sie internationale Interessen betreffen, zu vermitteln, eingehende Informationen über Verfassung, Leistungen, Unterstützungs-einrichtungen, Vermögensbestand, Tarifverhältnisse u. s. w. aller bestehenden Verbände einzuholen und fortlaufende Berichte darüber den Fachblättern und Verbandsvorständen zu machen.

* Im Buchdruckerhilfsarbeiter-Verbande ist es unter den leitenden Personen in Berlin zu argen Zwistigkeiten gekommen. Der Ursprung dieser Streitigkeiten ist anscheinend bei dem Verschmelzungsversuch der beiden in Berlin bestehenden Zahlstellen entstanden. In der einen Partei haben einige Arbeiterinnen die führenden Rollen inne, die sich bei der Statutenberatung, Festsetzung der Verschmelzungsversammlung etc. zurückgesetzt fühlen, in der anderen Partei klagt der Redakteur des Fachorgans über gegen seine Person erfolgte Maßnahme. Der Vorstand steht anscheinend auf Seite der ersteren Partei. Das Fachorgan „Solidarität“ macht mit seinem Inhalt in letzter Zeit seinem Namen keine allzu große Ehre; der Raum desselben wird in den letzten Nummern fast ausschließlich diesem Streite gewidmet. Der Redakteur Bleich, dem unter Anderem auch der Vorwurf gemacht wurde, „daß er sich schon lange nicht mehr als Hilfsarbeiter fühlen kann und als Beamter die Leiden und Freuden eines Buchdruckerhilfsarbeiters nicht mehr kennt“, hat dadurch die einfachste Konsequenz bezogen, daß er sein Amt niederlegte. Jedenfalls will der Kernste sein proletarisches Empfinden wieder erlangen mit Aufgabe seiner „setten Beamtenfelle“. Wenn der alberne Vorwurf irgend welche Berechtigung hätte, dann müßte mit den Gewerkschaftsbeamten alle halbe Jahre gewechselt werden.

* Der Glasarbeiterstreik in Nienburg dauert nun bereits die 20. Woche und der in Schauenstein die 50. Woche. Am heutigen Tage wird laut Beschluß einer unter den Flaschenmachern veranstalteten Urabstimmung der Generalstreik proklamirt, an dem ca. 7000 Personen theilnehmen werden. Jetzt erwächst den deutschen Arbeitern die doppelte Pflicht, die Glasarbeiter in ihrem Kampfe

für das Koalitionsrecht reichhaltig zu unterstützen.

* Der Kampf der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert fort. Die Fabrikate folgender Firmen sind boykottfrei: Grimm & Triepel, Henß & Schumann, Walther & Sevin, Athenstädt & Bachrodt, Steinert & Hellmuth.

Die übrigen acht Firmen, C. A. Kneiff, G. A. Hanewacker, Berlin & Bona, F. E. Lerche, H. u. R. Wittig, Rothhardt & Komy, G. Meddersen, Salsfeld & Stein, haben den Schiedsspruch noch nicht anerkannt.

* Eine Konferenz der Gewerbegerichtsbekitzer findet am 10. und 11. September dieses Jahres in Lübeck statt.

* Die Lage des Arbeitsmarkts ist zwar nach wie vor gedrückt. Jedoch sind nach der von Dr. Jastrow herausgegebenen Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ bis jetzt keinerlei Anzeichen vorhanden, daß in Folge der Bankbrüche und seiner Wirkungen auf den Geldmarkt dieser Druck sich noch verschärfen hätte. Nach den Ausweisen der an die genannte Zeitschrift angeschlossenen Krankenkassen ist im Laufe des Monats Juni die Zahl der Beschäftigten nur ebenso wie sonst nach den Frühjahrsteigerungen ein wenig zurückgegangen (um 3 Prozent gegen 0,4 Prozent im Vorjahr). An den öffentlichen Arbeitsnachweisen drängten sich zwar im Juni um 100 offene Stellen 148,7 Arbeitsuchende, während es in dem entsprechenden Monat des Vorjahrs nur 108,8 gewesen waren. Aber jene Zahl zeigt im Wesentlichen nur dasselbe Bild wie der unmittelbar vorangehende Monat Mai (145,3). Weit eher als die Bankbrüche kann dem Arbeitsmarkt eine Verschärfung der gedrückten Lage von dem Vorgehen der Syndikate drohen. Das Koalitionsyndikat hat, um den bebrängten Industrien ja nicht billigere Preise bewilligen zu müssen, seine Produktion noch weiter bis auf 33 Prozent eingeschränkt, das Luxemburg-Lothringische Roheisensyndikat sogar bis auf 35 Prozent.

Fragekasten.

Kann mir ein Kollege einen Klebstoff nennen, mit dem man Kunstdruckbilder und -Blätter klebt? Ich habe bisher stets Leim und Kleister benutzt, vielleicht giebt es ein anderes Mittel. Für Antwort im Voraus besten Dank.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieck Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 42.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Dunder & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 41.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. (Herausgeber Dr. J. Jastrow.) Berlin, Verlag von Georg Reimer.

Der in seinem 26. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1902 (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält u. A.: Kalendarium. — Postwesen. — Staatliche Schmitzbl. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Geschichte vom starken Mann. Von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Dem Frühlings zu. Gedicht von Ernst Kreuzfeld. — Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Von Paul Singer. — Wilhelm Liebknecht, ein Charakterbild. Von Robert Schweißel. — Wilhelm Liebknecht, Gedicht von Robert Seidel. — Die Erstblütheung Chinas. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Woher stammen unsere Getreidearten. Von Dr. Curt Grottel. — Schmiebe. Gedicht von Franz Diederich. — Aus den Lehrtagen. Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Streik. Gedicht von Ludwig Lessen. — Unser zweiter Parteitag unterm Ausnahmegefeß. Von J. A. — Eine englische Arbeitergewerkschaft. Von Eduard Bernstein (mit Illustrationen). — Grave nur. Gedicht von Ernst Breezang. — Die letzten Reichstagswahlen in Oesterreich. Von Engelbert Bernerstorfer. — Hoch- und Untergrundbahnen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Ein französischer Buchdruckerstreik im 16. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Der Eichbaum. Gedicht von Ernst Breezang. — Fliegende Blätter. — Das Schwein des Bürgermeisters. Schwank von R. S. Dieffenbach. — Für unsere Rhythiker. — Trächtigkeit und Wirtelkalender. — Hierzu vier Kupfer: Wilhelm Liebknecht — Die Schnittlerin — Die ersten Kirchen — Bayerischer Hochzeitslabor. — Ein Dreifarbenruck auf Kunstdruckpapier: Verlassen. — Ein Wandkalender.

Briefkasten.

N. B. in B. Für die letzte Nummer mußten leider verschiedene Rundschauanzeigen zurückbleiben, da im letzten

Nutzenblick Berichte kamen, die ich nicht zurückgehen wollte, um nicht mit den verehrlichen Einsendern in den üblichen Konflikt zu geraten. Ich hielt nun die betreffende Notiz nicht für so überaus wichtig, als daß sie nicht auch noch in dieser Nummer zurecht kam; ihrerwegen allein eine Rundschau zu eröffnen, verlohnte sich, glaube ich, nicht.
 F. B. in B. Unwägbarlich für diese Nummer, in nächster. Werde die mehr gewünschten Exemplare an Bergmann senden. Gruß.
 Wegen Raumangel zurückgestellt: Bericht des Buchdruckerartafamentes.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Högan: Robert Nagel, Langastraße 61.
 Eilfit: Gustav Schulz, Gr. Gerberstraße 16.

Abrechnungen

vom 2. Quartal 1901 sind vom 17. bis 23. Juli bei der Verbandskasse eingegangen: Von Altenburg mit 100 Mk., Charlottenburg 93,60 Mk., Erfurt 95,91 Mk., Höganau 56,02 Mk., Hannau 62,12 Mk., Koburg 59,46 Mk., Kottbus — Mk., Lübeck 111,61 Mk., Würzburg 60,42 Mk., Zeitz 77,62 Mk. und vom Gau 9 mit 91,54 Mk.

E. Hansen.

An die Zahlstellen und Einzelmitglieder des Gau IX.

Nach erfolgter Zustimmung der dem Gau zugehörigen Zahlstellen beruft der Gauvorstand zum 25. August ds. J. einen Gantag ein. Besondere Wünsche und eventuelle Anträge sind bis zum 17. August an Unterzeichneten einzureichen. Zahlstellen bis zu 20 Mitglieder entsenden einen, über 20 Mitglieder zwei Delegierte.

Alle Zuschriften und Gelder sind zu richten an

L. Finemann,
 Erfurt, Thomasstr. 36, II.

Anzeigen.

Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingefchr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

410] [7,10

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Samstag den 27. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Droll's Restaurant, Hauptstätterstraße 108

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Der zweite Punkt der Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Regensburg.

Samstag den 27. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Euringers Restauration am Judenstein, Statuten-gemäße

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Kassenarzt und Beantwortung der gestellten Anfragen.
3. Wahl der Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonntag den 28. Juli, Vormittags 11 Uhr, im „Neustädter Hof“, Jakobstraße 17

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl des Gesamtvorstandes.
3. Verschiedenes.

In dieser Versammlung werden auch die Jahresberichte vertheilt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Montag den 29. Juli, Abends 1/2 9 Uhr, im Kassenlokal, Restaurant „Johannisthal“, Hospitalstr.

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Rebeleer.

Sonntag den 28. Juli, Vormittags 11 Uhr, im Kassenlokal „Zum rothen Hirs“

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 31. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15

Ordentliche General-Versammlung.

411] Tagesordnung: [3,10

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Rechtschutzkommission.
3. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung und Wahl zweier Revisoren.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt.

Die Versammlung beginnt präzis 8 1/2 Uhr.

Wir erwarten von den Mitgliedern, daß sie in dieser Versammlung zahlreicher erscheinen, als in den letzten Mitgliederversammlungen.

Die Ortsverwaltung.

Bei unserem am 15. Juli stattgefundenen Sommerfest in der „Neuen Welt“ ist eine goldene Damenuhr verloren gegangen. Der christliche Finder wird gebeten, dieselbe in unserem Bureau, Engel-Ufer 15, abzuliefern. Ferner ist ein Damenschirm gefunden worden, derselbe kann daselbst in Empfang genommen werden.

Buchbinder-Männerchor Stuttgart.

(Mitgl. d. württemb. Arbeiter-Sängerbundes.)

Dienstag den 30. Juli

Gemüthliche Unterhaltung

im „Weißen Röhle“ (Ecke Gutenberg- und Schwabstr.), zu Ehren unseres früheren Dirigenten Hrn. Kinder.

416] [1,20 **Der Ausschuss.**

Zu verkaufen wegen Todesfall:

Ein sehr gut eingerichtete 412.] [2,00

Buchbindereigenschaft

in Zürich. Inventarwerth ca. 12000 Mk. Offerten beliebe man sub. Z. W. 4872 an Rudolf Mosse, Zürich, zu richten.

Bekannt

ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel F. Klement-Leipzig in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Bitte nicht irthümlich Horn u. Pakelt od. Nachf. zu adressiren, da ich nur von der Konkursmasse die gesammte großartige Einrichtung dieser Firma kaufte ohne den Namen dieser Firma zu erwerben und so adressirte Briefe nicht in meinen Besitz gelangen.

Paul Hüttich, Gera R., Geraer Vergoldeschule,

Inhaber Goldener und Silberner Medallien für hervorragende Leistungen. [8,40

Unter ständiger Aufsicht gewissenhafter Unterricht im Sand- und Preßvergolden, Marmoriren, Leder-schnitt, Goldschnitt und korrekter Bucheinband. Prospekt gratis. Eintritt jeder Zeit.

415a] Glomkes Städtebuch [1,40

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit Eisenbahn- u. Begelearte von Deutschland u. angr. Ländern, 356 Seiten geb. 1,20. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Eins. von 1,40 von G. Glomkes Verlag Bielefeld.

Verwaltungsstelle Hannover.

417] Sonntag den 4. August [3,60

Grosses Sommerfest mit Konzert, Kinderbelustigungen und nachfolgendem Tanz im Vahrenwalder Thurm

zum Besten der ausgefeuertesten kranken Mitglieder.

Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Anfang des Tanzes 7 Uhr. — Eintritt 10 Pfennig.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Die Ortsverwaltung.

Buchbinder-Männerchor Leipzig.

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes „Vorwärts“.)

Chormeister Herr Rudolf Heyne. [4,80

Sonntag den 4. August 1901

Matinée im „Pantheon“, Leipzig, Dresdenerstrasse. Gewähltes Programm.

Zur Aufführung gelangen u. A. die Lieder, welche obiger Verein am 11. August in Berlin singt.

Einsatz 10 Uhr.

Anfang präzis 11 Uhr.

Programme à 15 Pf. sind bei Kollege Wilh. Wochela, bei den Herren Vertrauensleuten, sowie im Rest. „Schüttels Hof“, „Drei Möhren“, L.-M., Max Diekel, Schneidermeister, Bergstraße 12, und im Büffet des „Pantheon“ zu haben.

Kollegen und Kolleginnen, sowie Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

NB. Wir ersuchen die Herren Vertrauensleute um regen Betrieb der Programme.

D. W.